

Aufsätze aus der neuen kritik Nr. 47, 48/49, 50 1968 zur politischen Entwicklung des SDS 1968

47:

K.D. Wolff, Frank Wolff, Zu den Oster-Aktionen S. 2

Grundsatzklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns, S. 4

48/49:

Entschließung des SDS-Bundesvorstandes vom 10. August 1968, S. 6

Bernhard Blanke, Doppelte Loyalität kontra schlechtes Gewissen -

Ein Kommentar zur Entschließung des Bundesvorstandes des SDS, S. 7

50:

Frank Wolff, Organisation: Emanzipation und Widerstand, S. 11

Joscha Schmierer, Bemerkungen zur Organisationsfrage, S. 15

Berliner Gruppe, Strategie und Organisation des SDS, S. 25

Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS, S. 34

und nicht zu vergessen den schon für Arwed kopierten Aufsatz

Neue kritik 48/49, August 1968, S. 79-85, Udo Knapp/Eike Schweichel, Neue Hochschulpolitik?

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik **Nr. 47, April 1968, 9.**
Jahrgang

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl-Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich) Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5 Telefon 776068/778670

NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680 Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Zu den Oster-Aktionen

I.

Die Springer-Blockaden haben die politische Polarisierung produziert, die wir schon vorher für diesen Sommer erwartet hatten. Die Ungleichzeitigkeit der westdeutschen im Verhältnis zur Berliner Entwicklung hat sich dabei gleichermaßen bestätigt und verändert. Daß der Mordanschlag jetzt in Berlin geschah, ist eher akzidentell, als es die organisierte Polizeischlacht am 2. Juni und der Tod Ohnesorgs waren. Damals war der Schah-Besuch zwar schon im nationalen Maßstab als Notstandsmanöver angelegt, hatte jedoch nur in Berlin den politischen Charakter, daß die radikale Opposition physisch zerschlagen werden sollte. Unsere Analyse des neuen autoritären Staates orientierte sich mit Recht an diesem fortgeschrittenen Stadium der Reaktion. Das Machtkartell von Senat, Springer-Presse, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften entspricht der Tendenz, die ebenso in Westdeutschland sich durchsetzt. Die Massen werden nicht wie am Ende der Weimarer Republik in der faschistischen Bewegung gegen den Parlamentarismus geführt, sondern von diesem selbst in eigene Regie genommen. Die Herrschenden imitieren sich bis in die einzelnen Sprachfiguren; sie sind die neuen kollektiven Führer. Jedoch sind sie trotz ihrer täglichen Brutalität eine bloße Karikatur. Die klägliche Konter-Demonstration am 21. Februar belegt den Widerspruch, die Massen gleichzeitig passiv halten zu müssen und sie gegen den inneren Feind mobilisieren zu wollen. Während in Berlin derweil die Unterstützung durch Nichtstudenten zunahm, und die Kooperation mit ihnen, wurde in Westdeutschland die offizielle Propaganda gegen die oppositionelle Minderheit gewissermaßen nachgeholt. Hier wie dort wurde sie nach dem Muster organisiert, den politischen Protest als kriminell und asozial, nicht der Gemeinschaft der Anständigen zugehörig, zu qualifizieren. Die latente Gewalt war damit zur Pogromstimmung artiku-

liert worden. Jetzt, nachdem wir gegen diese Gewalt unseren Widerstand spontan organisiert haben, haben wir sie freilich nicht gebrochen, vielmehr hat sich das institutionelle und lebendige

3

Potential an Gewalt gefährlich gesammelt. Der verfassungswidrige Einsatz von Bundesgrenzschutz und Technischem Hilfswerk in Esslingen, die freiwillige staatsbürgerliche Mithilfe von Schäferhundvereinen geben einen Geschmack davon ebenso wie der untergründige Aufruf zur Selbstjustiz und die Erwägung der Vorbeugehaft durch den Bundesinnenminister.

Die Konfrontation von herrschender Gewalt und unserer Opposition hat sich auf erweiterter Stufenleiter wiederholt. Die Studentenbewegung ist damit auch in der Bundesrepublik im ambivalenten Sinn wirksam geworden. Sieht man von den Differenzen ab — daß etwa in dieser Dimension lokale und primär politische Gegner nicht stets zusammenfallen —, so zeigen sich folgenreiche Analogien zur Berliner Entwicklung. Die Konfrontation mit dem Monopol Springer hatte dort dieselben Formen angenommen wie jetzt auf der neuen Ebene: Die Staatsgewalt identifizierte sich uneingeschränkt mit dem Konzern und ebenso ein großer Teil der Konkurrenzpresse, d. h. ein Entscheidungsdruck ist entstanden, der formal-liberale Positionen liquidiert und damit die Herrschaftsverhältnisse offenlegt. Die liberale Forderung nach einer demokratischen Öffentlichkeit kann inhaltlich sich nur revolutionär umsetzen. Das Institut des Privateigentums an Produktionsmitteln ist direkt zum Teil der Machtauseinandersetzung geworden.

Diese Auseinandersetzung ist der Entwicklung bis zum vergangenen Faschismus keineswegs völlig parallel, jedoch auch nicht von ganz neuer Qualität. Die These, daß der Faschismus sich heute im Zentrum der parlamentarischen Institutionen selber entwickle, etwa durch Notstandsgesetze, trifft abstrakt auch auf die Weimarer Republik zu — vgl. Präsidialdiktatur, Hugenberg-Konzern usw.; die wesentliche Differenz kommt darin zur Erscheinung, daß mit dem Trauma des offenen Faschismus die systeminterne Radikalisierung im ‚Kampf gegen Rechts- und Linksradikalismus‘ verschleiert werden kann. Es ist ein Komplement zur ökonomischen Krisenverschleppung. Die Frage steht zur Diskussion, ob die Verschärfung von Konflikten, ökonomischen wie politischen, eine umfassende, offene Brutalisierung der Machtverhältnisse erwarten läßt oder eine Fortentwicklung des manipulativen Instrumentariums im Rahmen schleichend sich verändernder Institutionen.

II.

Daß der SDS schlecht auf die kommenden Konfrontationen vorbereitet ist, wissen wir. Zwar ist die These der Isolation sowohl in der Universi-

4

tät als auch außerhalb widerlegt; die inhaltliche Solidarisierung scheint haltbarer als früher zu sein. Aber vielfach ist der SDS nur die nominelle Spitze der Opposition, ein Warenzeichen, und weniger die praktisch organisierende Kraft. Noch ist es unklar, wie die Zusammenarbeit mit den jungen Angestellten und Arbeitern organisiert werden soll, die erstmals zu einer Aktionseinheit mit uns gekommen sind. Clubs zu gründen ist ein pragmatischer, improvisatorischer Weg. Richtig ist daran, daß wir jetzt nicht wie nach dem 2. Juni als moralisch engagierte Studenten in einer Mini-Narodniki-Bewegung in dem Abstraktum Bevölkerung Aufklärung betreiben können, sondern daß die Zusammenarbeit mit Betriebs- und Lehrlingsgruppen und Gewerkschaftern organisiert werden muß. Mit welchem Ziel? Keinesfalls, um kritiklos Koalitionen zu bilden. Der Gefahr, daß sich die radikale Opposition integriert, ist nur mit inhaltlich konsequenten Bündnissen zu entgehen; sie allein geben uns auch die Möglichkeit neuer praktischer Erfahrungen.

Der SDS hat seine Grenze als Studentenverband mit den letzten Aktionen überschritten. So wenig sie die Einleitung des Bürgerkriegs bedeuten, so sehr haben sie doch die SDS-Gruppen überfordert, die sich häufig unfähig gezeigt haben, die Demonstrationen praktisch zu organisieren. Der organisierten Staatsgewalt gegenüber haben nicht nur unerfahrene Demonstranten,

sondern auch manche Genossen sich völlig irrational und unpolitisch verhalten. Mit der Wut der Verzweiflung sind sie in die Konfrontation gegangen, sie folgten weniger einer revolutionären Strategie als einer der psychisch — durch Angst — vermittelten Gewalt. Haben wir aber den Schwindel der bloß sprachlichen Kommunikation als eine Ideologie der herrschenden Gewalt durchschaut, müssen wir um so klarer unsere Strategie der Abschaffung von Gewalt formulieren. Sie ist durch bloße Konfession zur Gewalt nicht zu ersetzen. Vielmehr müssen wir den primitiven und fetischisierten Begriff von Gewalt, wie er vorherrscht, permanent durchbrechen. Oskar Negt hat in seiner Rede über „Politik und Gewalt“ Wesentliches dazu gesagt; gerade weil als Terror, Krawall und Gewalt prinzipiell alles verstanden wird, was dem Normalen, der alltäglichen Normenerwartung zuwiderläuft, dürfen wir diesen Begriff nicht stur erfüllen und ihn nur privat negativ interpretieren. Die Parole, sich gegen die Polizeigewalt zu bewaffnen, z. B. am Ostermontag auf Flugblättern auszugeben und damit die direkte Aggressivität zu stärken, statt sie zu politisieren, war falsch. Nichts hätte man schlechter durchstehen können als eine direkte Kraftprobe mit der in groteskem Verhältnis militärisch überlegenen Polizei. Ebenso hilflos erschei-

5

nen auch manche Reaktionen, nachdem der Tod zweier Menschen in München bekannt wurde, den niemand entschuldigen kann. Gerade wenn über den Hergang noch wenig bekannt ist, ist es schlichter Unsinn, die politische Gewaltsituation, in der wir stehen, mit der Gefahrenzone des Straßenverkehrs öffentlich und nachdrücklich gleichzusetzen. Die Klischees warteten nur auf den geringsten Auslöser.

i Welche Aufgabe wir in den kommenden Aktionen haben, ist aus der veränderten Situation abzuleiten: Nicht ständig die Demonstrationen quasi existentiell zu radikalisieren, sondern sie zu organisieren und sie praktisch, auf der Straße, und politisch mobil zu machen. Das leistet kein Ordnerdienst, sondern nur die intensive und massenhafte Diskussion vor jeder Demonstration (und die interne Vorarbeit im SDS). Unmittelbar sind wir angewiesen auf die demonstrative Verbindung von Aktion und Diskussion. Würden sich alle die neuen Demonstranten nur an den Aktionen beteiligen, wäre ihre Teilnahme nur statistisch interessant. Auf den organisierten Kontakt zu ihnen ist nicht zu verzichten. Was sich gegenwärtig in Berlin als Basisgruppen organisiert, ist eine mögliche Form, diesen Kontakt herzustellen. Er ist um so eher zu halten, je selbständiger die Gruppen der jungen Arbeiter und Lehrlinge arbeiten. Sie können verbunden werden, indem kontinuierlich arbeitende Projektgruppen im SDS die verschiedenen Erfahrungen praktisch auswerten und der ganzen Gruppe vermitteln.

Gerade mit Modellen der Zusammenarbeit ist aber wenig gelöst. Im SDS muß jetzt eine Selbstschulung einsetzen, die wir bald nicht mehr nachholen können. Unter dem permanenten Aktionsdruck ist es meistens zu intensiver Ausbildung nicht mehr gekommen. Theoretische Positionen und Argumente werden von einigen Prominenten monopolisiert und über die bürgerliche Presse oder Massenveranstaltungen verbreitet. Wir kommen aber in ein Stadium, in dem es mit der Selbständigkeit der einzelnen Genossen ernst wird. Die Verschärfung der Auseinandersetzung an der Hochschule und außerhalb nimmt uns den Garantieschein des Symbols SDS. Letzlich kann eine solche Selbstschulung nur mit der bewußten gemeinsamen Organisation des Alltagslebens und des Studiums gelingen. Die familiäre und faktisch autoritäre Struktur vieler Gruppen müssen wir permanent mit dem Ziel solidarischer Zusammenarbeit in Frage stellen.

Karl Dietrich Wolff / Frank Wolff

6

Grundsatzklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke ist ebensowenig bloß die Tat eines Einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide sind Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns im Verein mit der Staatsgewalt. In Westberlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt und selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erklärt. „Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen.“

Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin — „Berliner Witz des Tages: ‚Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen‘“ Bild-Zeitung, 22. 2. 68: Die Methoden des Antisemitismus werden gegen neue Minderheiten angewandt; und mit gigantischem Betrug macht man aus den Opfern die neuen Faschisten.

In dieser Situation hat sich unser Angriff auf den Springer-Konzern konzentriert. Durch seine Macht sind große Teile der deutschen Presse zu bloßen Staatsorganen geworden und umgekehrt die Herrschaftsfunktionäre des Staates, der Parlamente und Parteien zu Hörigen Springers.

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Pressefreiheit wie Informations- und Meinungsfreiheit ist heute das Exklusivrecht weniger privater Großverleger, ihre Meinung zu verkaufen. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einer ständigen Selbstzensur. Das Publikum wird mit grober wie auch mit unmerklicher Manipulation unmündig gehalten und mit den Raffinessen des Anpassungsjournalismus blind an Vorurteile und Klischees gebunden. Jede Kritik wird abgetötet oder als Sorgen des kleinen Mannes ihm selber als Kon-

sum

7 zubereitet; Intelligenzblätter stabilisieren elitäre Einstellungen mit primitiver Herrschaftsideologie. Die Schichten der Gesellschaft werden spezifisch und systematisch in ihrem falschen Bewußtsein gehalten. Die politische Publizistik veröffentlicht die Ereignisse, ohne selbst noch Öffentlichkeit ernsthaft herzustellen. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert — drastisch sichtbar beim Mordanschlag auf Dutschke. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Der Springer-Konzern ist nicht allein das Symbol, sondern ebenso der Motor der Zerstörung von Öffentlichkeit. Sein übermächtiges Monopol ist entstanden und kann sich nur halten durch skrupellosen und radikalen Anpassungsjournalismus. Die Verdrängung der deutschen Niederlage und des Faschismus muß notwendig Schuldgefühle und Angst unterdrücken und manipulieren. Die Diskussion und Lösung wirklicher Probleme wird durch Wahnideen ersetzt. Ein mystischer Begriff von Volk verklärt die gesellschaftliche Wirklichkeit und entzieht sie der Kritik. Vergleichbar der faschistischen Volksgemeinschaft werden Konflikte gewaltsam verschleiert. Gegen diejenigen aber, die offen die Herrschaftsverhältnisse angreifen, um demokratische Zustände vorzubereiten, muß diese Maschine blind und unerbittlich Gewalt produzieren, eine Gewalt, die die herrschende Macht verteidigt und deren Ziel das Recht der Mächtigen ist.

Wer die herrschende Ordnung gegen unsere Kampagnen verteidigen will, muß nach den wirklichen Gewaltverhältnissen in dieser Ordnung fragen. Die tabuierten politischen Mittel haben offensichtlich nicht ausgereicht, um Springers Macht zu verhindern oder gar nachträglich einzuschränken. Im Gegenteil haben sie selber diese unterstützt und sich mit ihr eng verbündet. Es ist höhnische Heuchelei, wenn wir jetzt zur Rückkehr zu den etablierten Institutionen und Regeln aufgefordert werden. Wir erklären, daß es keine Ruhe geben wird, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springer-Konzerns eingeleitet sind. Sie ist Vorbedingung einer demokratischen Öffentlichkeit.

Diese demokratische Öffentlichkeit wäre nach folgenden Grundsätzen zu erkämpfen:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Profitinteresse durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.

8

3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.
4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.
5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

14. 4. 1968 SDS-Bundesvorstand

9

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik **Nr. 48/49, August 1968, 9. Jahrgang**

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut Schauer, Klaus Vadc, Frank Wolff, Karl Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke, Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich) Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5 Telefon (0611) 778670

NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,- zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,- zuzüglich Porto Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282 680 Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Entschließung des SDS-Bundesvorstandes vom 10. August 1968

5 Genossen * sind während der IX. Weltjugendfestspiele in Sofia wiederholt als Sprecher einer „SDS-Delegation“ gegen Initiativen des SDS aufgetreten, obwohl der Bundesvorsitzende sie darauf hingewiesen hatte, daß ein derartiger politischer Anspruch angesichts der Auffassungen der Mehrheit der in Sofia anwesenden Genossen wie auch der Zufälligkeit der politischen Zusammensetzung der SDS-Teilnehmer absurd erscheinen müsse und daß ihre politischen Positionen sich inhaltlich gegen den SDS richteten.

Sie haben insbesondere öffentlich wiederholt die Initiative des SDS zu einer Demonstration vor der US-Botschaft in Sofia als spalterisch diffamiert und die handgreiflichen Aktionen gegen diese Demonstranten für notwendig erklärt und ausdrücklich begrüßt. Sie haben sich an den Aufmärschen der SDAJ und „spontaner bulgarischer Arbeiter“ vor der US-Botschaft beteiligt, obwohl diese Aufmärsche mit Brachialgewalt das vom SDS einberufene sit-in auflösen sollten. Sie haben während der anschließenden Diskussion im Arbeitskreis Festival über diese Demonstration zwar bei einer Abstimmung über den Ausschluß des SDS-Bundesvorsitzenden aus dem Teilnehmerkreis sich der Stimme enthalten, jedoch in Diskussionsbeiträgen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie diese Maßnahme für gerechtfertigt hielten. Sie haben in Foren und Kolloquien des Festivals mehrfach erklärt, sich vom SDS-Bundesvorstand nicht repräsentiert zu fühlen, einer erklärte dies sogar unmittelbar nach dem

Faschismus-Vorwurf gegen den SDS-Bundesvorsitzenden durch einen bulgarischen Delegierten.

Sie haben beschlossen, sich an einem Empfang der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der DDR zu beteiligen, obwohl sie wußten, daß der SDS-Bundesvorsitzende als einziger Teilnehmer aus der BRD „ausgeladen“ worden war.

* Die Namen wurden von der Redaktion gestrichen, weil sie für die Auseinandersetzung nicht wichtig sind.

3

Sie haben nach dem tätlichen Angriff durch bulgarische Polizei in Zivil auf Besucher der chinesischen Botschaft die Erklärung des SDS-Bundesvorsitzenden, demonstrativ der Botschaft einen Besuch machen zu wollen mit einem Flugblatt der „SDS-Delegation“ beantwortet, in dem diese Initiative als „billige Provokation“ mit der „objektive(n) Wirkung eines ‚Antifestivals‘“ apostrophiert wurde.

Die Situation des IX. Festivals war geprägt von latenten politischen Differenzen innerhalb der sozialistischen Weltbewegung. Eine rationale Diskussion um diese Differenzen wurde jedoch durch die Festivaladministration zu verhindern versucht. Manipulation von Rednerlisten, Behinderung der Delegation unserer Genossen der Conföderation Iranischer Studenten CISNU, Nichtzulassung der UNEF und Beschlagnahme von CSSR-Material bei ungehinderter Verteilung von regierungsfreundlicher BRD-Propaganda beschrieben die Öffnung des Festivals nach rechts bei Einengung schon der Diskussion unter Sozialisten. Die 5 Genossen haben nicht nur in wesentlichen Fragen (beispielsweise der Kritik an Aspekten der sowjetischen Koexistenzpolitik) mit dem politischen Anspruch einer „SDS-Delegation“ mit der Linie des SDS nicht übereinstimmende Auffassungen vertreten, sondern bei ihrer Identifizierung mit der Festivaladministration sogar Brachialgewalt und Polizeieinsatz in Kauf genommen. Der Bundesvorstand des SDS stellt deshalb gegen die 5 Genossen Antrag auf Ausschluß aus dem Verband. Der Bundesvorstand hat sie gemäß § 13a der Bundesausschlußordnung mit sofortiger Wirkung von ihren Mitgliedsrechten suspendiert.

Der Bundesvorstand ist sich bei dieser Entscheidung darüber klar, daß in der antiautoritären Phase des Verbandes derartige organisatorische Maßnahmen der besonderen Begründung bedürfen; das schon, weil von vornherein nicht der Eindruck entstehen darf, als werde in sozialdemokratischer Manier mit mißliebigen Meinungen im „SDS“ „abgerechnet“. Wir sind aber der Auffassung, daß der Bundesvorstand auf eine nicht bloß politische, sondern handgreifliche Infragestellung der Aktionseinheit im SDS nicht passiv reagieren kann. Das selbstverständliche Recht auf unterschiedliche theoretische Ansätze und Differenzen um Taktik und Strategie kann in einem vielschichtigen Verband wie dem SDS nicht als Möglichkeit zum je möglichen Kampf gegeneinander mißverstanden werden. Den SDS bloß noch als organisatorische Hülle mit gemeinsamen Abziehmaschinen zu begreifen, vernachlässigt den grundlegenden Anspruch sozialistischer Organisation. Der Bundesvorstand hält eine schnelle politische Antwort für erforderlich, gerade um rationalen Argumenten im SDS wieder ihren gebührenden Platz einzuräumen. Eine Suspendie-

4

rung bedeutet keinen Ausschluß aus dem Verband; der Bundesvorstand beansprucht nicht, sich zum Tribunal für „Wohlverhalten“ der Genossen aufzuschwingen. Die Suspendierung beschreibt die Dringlichkeit zur Klärung der politischen Situation, wie sie der Bundesvorstand anstrebt und in die Gruppendiskussion tragen möchte. Der Bundesvorstand bedauert — gerade weil er eine politisch-organisatorische und nicht eine juristische Entscheidung zu fällen hatte — daß ein Mitglied des BV der Sitzung nicht bis zum Schluß beigewohnt hat und in eine inhaltliche Diskussion nicht hat eintreten wollen, weil die Betroffenen bis auf einen nicht anwesend seien.

Doppelte Loyalität kontra schlechtes Gewissen

Ein Kommentar zur Entschließung des Bundesvorstandes des SDS

Der SDS-Bundesvorstand hat am 10. August 1968 einen denkwürdigen Beschluß gefaßt. 5 Mitglieder des Verbandes, Teilnehmer der IX. Weltjugendfestspiele, sind mit sofortiger Wirkung von ihren Mitgliedsrechten suspendiert worden. Der BV hat ihren Ausschluß aus dem Verband beantragt. Angesichts dieses schwerwiegenden Sachverhaltes verwundert die Begründung, die der Bundesvorstand für seine Maßnahmen lieferte. Diese Begründung offenbart einerseits ein mehr subjektives Betroffensein, andererseits ein einziges Erschrecken über die möglichen Konsequenzen einer doch als unvermeidlich angesehenen Handlung.

Zunächst fällt auf, wie formal der BV argumentiert. Man vergleiche zu diesem Zweck die Resolution des Berliner Landesverbandes zur Suspendierung der „Kommune“ *. Wird dort der Ausschluß damit begründet, daß Auseinandersetzungen nur dann eine treibende Kraft sein können, wenn in ihrem Zentrum die demokratische, rationale Diskussion und die Spontaneität und Selbsttätigkeit der SDS-Genossen steht, gerade deshalb aber sich eine bloß taktisch-administrative Ausnutzung dieser Offenheit und dieses administrativen Defizits von selbst verbietet, dann gilt

' abgedruckt in: nk 41, S. 14 ff.

5

diese präzise Begründung ebenfalls für den jetzigen Beschluß des Bundesvorstandes. Schon bei jener zum Ausschluß führenden Aktion der „Kommune“ zeigte sich, worin solche taktisch-administrative Ausnutzung der diskutierenden Offenheit des SDS bestehen kann: nämlich in einer „spontanen“ Provokation der den SDS bekämpfenden Bürokratien zu einer Konteraktion, welche den SDS in eine Situation zwingt, die er sich nicht selbst aufgrund rationaler Erörterung der Lage und planmäßiger Bereitstellung von Konzeptionen und taktischen Mitteln ausgesucht hat. Diese „Politik der vollendeten Tatsachen“ ist eine zwielichtige Form von doppelter Loyalität. Was sich als Selbsttätigkeit und Spontaneität tarnt, entpuppt sich als Auslieferung an jene Bürokratien, die Selbsttätigkeit überall verhindern.

Immer wieder haben bürokratische Geister auf diese Politik der vollendeten Tatsachen mit dem Verdacht reagiert, es handele sich bei ihren Urhebern um agents provocateurs, wenngleich sie solche Behauptungen gern in die Pseudodialektik eines „subjektiven Wollens“ und einer „objektiven Wirkung“ zu kleiden geneigt waren. Dieser Weg ist gefährlich: einmal wird aus dem Spielchen mit subjektiv-objektiv schnell jene hinlänglich bekannte Dialektik als administratives Mittel zur Bekämpfung unliebsamer politischer Gegner, insbesondere in Situationen, in denen bürokratisch handelnde Verfechter dieses Spiels nur noch Macht anstelle von Diskussion und Programm einzusetzen in der Lage sind. Zum anderen unterstellt diese Argumentation denjenigen, die sie vertreten, daß sie tatsächlich in der Lage sind, als historisches Subjekt der Revolution zu sprechen, von dessen Warte allein eine Unterscheidung in subjektiv und objektiv revolutionär oder konterrevolutionär möglich ist. Aber selbst hier ist noch eine wichtige Unterscheidung am Platz: es ist etwas grundsätzlich anderes, ob eine Partei oder eine Gruppe, die über Machtmittel verfügt, solche Differenzierung in subjektiv und objektiv trifft, und eben zugleich in der Lage ist, aus dem theoretischen Urteil eine administrative Verfolgung zu machen, oder ob sie von jemandem getroffen wird, der entweder nicht in der Lage ist, aus einer möglichen falschen Theorie eine irreversible Verfolgung werden zu lassen (der gegenüber „Rehabilitierung“ ein schwacher später Trost ist), oder der in klarer historischer Verantwortung einen bewußten, wirksamen Trennungsstrich zwischen Urteil und Verfolgung zieht.

Man sieht, ohne eine jeweils eindeutige Klärung der objektiven Situation, i.e. der Lage der revolutionären Bewegung, ihrer Kräfte und derjenigen der Gegner, führt die Berufung auf objektiv-subjektiv unweigerlich zu der einen oder anderen Art von Dogmatismus. Der Bundesvorstand hat

6

deshalb völlig zu Recht auf die naheliegende Retourkutsche verzichtet, den Fünf etwas vorzuwerfen, was diese selbst gegen ihn zu Felde führten, nämlich irgendeine „objektive Wirkung“. Zugleich jedoch ist seine Begründung denkbar schwach und offenbart eine unbewußte Form von Dogmatismus:

1. den Satz von der „Gefahr sozialdemokratischer Manier“;
2. den Satz von der „antiautoritären Phase des Verbandes“, in welcher „derartige Maßnahmen der besonderen Begründung“ bedürfen (solche Maßnahmen bedürfen immer der besonderen Begründung);
3. den Satz von der bestimmenden Funktion „handgreiflicher“ Maßnahmen (eine Reproduktion jener längst überfälligen Polizeifixierung);
4. die Betonung eines nicht näher explizierten „grundlegenden Anspruchs“ sozialistischer Organisation, der mehr sei als die Interpretation des SDS „als organisatorische Hülle mit gemeinsamen Abziehmaschinen“.

Der letzte Punkt hat zwar das bedingte Recht eines geplagten Bundesvorstandes für sich, der in einer Phase der Erprobung und Herauentwicklung neuer Organisationsformen oft nicht mehr war als technische Zentrale, ohne daß wenigstens dieser technische Aspekt sinnvoll gefaßt werden konnte, etwa als „Schaltstelle“ der internen Verbandsöffentlichkeit, als Informationszentrale. Aber beim Tatbestand, für den diese Formulierung gewählt wurde, ist das Argument denkbar falsch am Platze. Zweifelsohne handelt es sich bei den Fünf um Vertreter einer „Fraktion“, die sich selbst kaum scheuen würde, den SDS als mehr zu begreifen, denn als „Abziehmaschine“, vielmehr dem SDS — erhalte sie die Mehrheit auf einer DK und damit den Bundesvorstand — ihr administratives Konzept aufzwingen würde. Genau dieses administrative Verhalten läßt sich aus jenem Tatbestand entwickeln, welcher in Punkt 3 als „handgreifliche Infragestellung der Aktionseinheit im SDS“ formuliert wurde. Analysieren wir die Lage vor der US-Botschaft in Sofia, so entdecken wir jene schon zitierte zwielichtige doppelte Loyalität. Daß der Vietnam-Krieg der adäquate Ausdruck des amerikanischen Imperialismus ist, darüber sollte im SDS kein Zweifel mehr bestehen. Daß sich jedes Verhalten dem amerikanischen Imperialismus gegenüber an der Einschätzung dieses Krieges und seiner Beendigungsmöglichkeiten nach der Seite der Revolution oder der Konterrevolution hin entscheidet, darüber sollte kein Zweifel mehr bestehen, seitdem die Losung des SDS „Sieg der vietnamesischen Revolution“ die pazifistisch-reformistische Losung „Frieden in Vietnam“ endgültig überwunden hat. Über den Wert oder Unwert der Koexistenzpolitik ist noch lange nicht jener Konsensus im Verband erreicht, der eine Linie behauptbar machen würde. Aber festzuhalten ist, daß in die-

7

sem SDS für eine bloß taktische Subsumtion des Vietnam-Konfliktes unter eine wie immer geartete „Gesamtstrategie“ der sozialistischen Weltbewegung kein Platz mehr ist. Man sollte deshalb ganz klar den Streitpunkt benennen, vor allem festhalten, daß es eine völlige Umkehrung Marxscher und Leninscher Dialektik darstellt, eine mögliche Diskrepanz zwischen der Erkenntnis des höchsten Ausdruckes des Imperialismus (Vietnam-Krieg) und der mangelnden Analyse der vielfältigen Vermittlungen, Fraktionen, Eingriffsmöglichkeiten innerhalb des imperialistischen Systems nach der Seite der abstrakten Totalität, i. e. einer möglicherweise falschen Koexistenzpolitik hin entscheiden zu wollen. Damit wird das klare Faktum einem sich verselbständigenden Verum subsumiert, Politik dogmatisiert und die Entscheidung darüber, ob der oder jener Anlaß „handlungs- oder aktionswürdig“ sei, den Repräsentanten der abstrakten Totalität überantwortet.

Die antiautoritäre Phase des SDS bezeichnet aber gerade den Übergang von einer bürokratisch gehandhabten Politik zu marxistischer Praxis, die dem zitierten dialektischen Prinzip folgt. Ihre Erfolge, d. h. die Gewinnung einer immer breiter werdenden revolutionären Basis, verdankt sie dieser den gesellschaftlichen Widersprüchen adäquaten Praxis. Wehrt hier der SDS mit Recht alle verdinglichten Ansprüche nach totalen Konzepten ab und betont theore-

tisch wie praktisch die konkreten Widersprüche und Eingriffsmöglichkeiten, aus deren Aktualisierung sich erst jene revolutionäre Klasse entwickeln kann, die nach dogmatischer Ansicht objektiv da, aber subjektiv nicht entwickelt sei, so wehrt sich der SDS zugleich mit Recht gegen seine eigene Subsumtion unter eine sozialistische „Gesamtstrategie“, welche mit historischem Rechtsanspruch auftritt, der sowohl verdinglicht wie zweifelhaft geworden ist. Auch das „Vaterland aller Werktätigen“ muß es sich endlich gefallen lassen, daß seine Politik innerhalb der sozialistischen Weltbewegung in Frage gestellt wird. Es muß sich insbesondere gefallen lassen, daß seine Presse, seine Administration, seine Partei keine ewig gültige Kompetenzvermutung auf ihrer Seite haben. Denn das Verlangen nach Anerkennung dieser Kompetenzvermutung (i. e. Suprematie) muß vor allem dann zurückgewiesen werden, wenn es sich unter dem Deckmantel der „inneren Angelegenheiten“ davor schützt, daß irgendwelche diplomatischen Beziehungen im Interesse der Revolution getrübt werden.

Auch das große sozialistische Lager ist nur eine Fraktion der revolutionären Weltbewegung, sicherlich die größte, sicherlich nicht die revolutionärste, Gleich, wie man es von sozialistischer Seite her einschätzt, diese Fraktion kann nicht andere Fraktionen dominieren wollen, auch wenn sie

8

noch so klein sind, wie etwa der SDS. Jede Politik, die dazu beiträgt, daß das in der KPdSU und anderen kommunistischen Parteien geltende Fraktionsverbot auf die internationale Ebene übertragen wird, die innersozialistische Diskussion, die Widersprüche im sozialistischen Lager abgewürgt werden, verstößt nicht nur gegen „Prinzipien“, sondern verhindert, daß die marxistisch-leninistische, revolutionäre Methode von Diskussion und Praxis und der Lösung von Widersprüchen ihre volle Kraft entfalten kann. Jede Politik, die so zu administrativer Abwürgung sozialistischer Praxis führt, vertritt im SDS eine doppelte Loyalität: zum Verband einerseits, zu einer verbandsexternen „Gesamtstrategie“ andererseits, würgt die Voraussetzung ihrer eigenen Existenz im Verband selber ab, die Möglichkeiten der Fraktionsbildung, der innerverbandlichen Widersprüche und Diskussionen, kann also nur als Pervertierung der innerverbandlichen Solidarität interpretiert werden. Diese Solidarität ist allein unter Bedingungen möglich, in denen garantiert ist, daß die Offenheit, das organisatorische Defizit nicht manipulativ-administrativ genutzt werden.

Diese Thesen wären m. E. die besondere Begründung gewesen, die zur Suspendierung der Mitgliedsrechte der Fünf hätten angeführt werden müssen. Der Bundesvorstand hätte sich sein schlechtes Gewissen sparen können, möglicherweise in sozialdemokratischer Manier gehandelt zu haben. Indem er demonstriert, daß jeder, der das organisatorische Defizit des Verbandes dazu ausnutzt, dem Verband direkt oder auf dem Umweg über befreundete Administrationen inoffiziell eine für andere als für die SDS-Mitglieder kalkulierbare Struktur einzuziehen, die Bedingungen revolutionärer Aktivität unter den gegenwärtigen Umständen zerstört und deshalb ausgeschlossen werden muß. Man sollte sich nicht von den Geistern des „Anarchismus“, des „Abenteuertums“ schrecken lassen. Sind die Erfolge der „antiautoritären“ Bewegung unter den spätkapitalistischen Bedingungen der Bundesrepublik gerade darin zu sehen, daß sie aus Mangel an Rücksichtnahme auf die Kalkulierbarkeit ihrer Praxis, selber für jeden bürokratisch verfahrenen Gegner gefährlich unkalkulierbar wurde, so ist das Maß an innerverbandlicher Offenheit gerade der objektiv mögliche und nötige Spielraum für unmittelbare Befreiung zu revolutionärer Praxis. Tut sie diesen jeweils der Entwicklungsstufe des Kampfes entsprechenden Schritt der „Kulturrevolution“, i. e. unmittelbar möglicher Befreiung nicht vor jeder effektiven Organisation, so kann sie nur die bürokratischen Strukturen der Gesellschaft reproduzieren, die sie bekämpft.

Bernhard Blanke

9

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG Herausgeber: Wolfgang Abendroth,
Hans-Jürgen Krahl, Herbert Lederer, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Bernd Rabehl, Helmut
Schauer, Klaus Vack, Frank Wolff, Karl Dietrich Wolff. Redaktion: Bernhard Blanke,
Reimut Reiche, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich) Nachdruck, auch aus-
zugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wil-
helm-Hauff-Straße 5 Telefon (0611) 778670

NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,—
zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto Postscheckkonto: Ffm
150774. Dresdner Bank Ffm 282680 Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W.
Dunker, Frankfurt/M.

Vorbemerkung

Diese Nummer der neuen kritik ist das direkte Nachprodukt der 23. Delegiertenkonferenz. Am Tage danach einigten sich einige Genossen in Frankfurt, eine Sondernummer der neuen kritik zum Thema „Organisation und Autorität“ zusammenzustellen, um damit die Diskussion der DK in theoretisch-praktischer Absicht aufzunehmen und die Fortsetzung der Konferenz am 16. November in Hannover mit vorzubereiten.

In der zur Verfügung stehenden Zeit konnte es nicht gelingen, die Problematik so weit aufzu-
arbeiten, wie das zu wünschen wäre. Dennoch können die vorgelegten Stellungnahmen und
Berichte eine Arbeitshilfe sein, gerade weil sich in ihnen die selbstkritische gegenständliche
Darstellung des SDS und seiner Politik unmittelbar verknüpft mit der Reflexion auf den all-
gemeinen Bedingungs-zusammenhang revolutionärer Praxis. Sie sollen dazu beitragen, daß die
Diskussion erst recht verallgemeinert und weitergeführt wird. Wir verweisen im übrigen auch
auf den Aufsatz von Oskar Negt, Politik und Protest *, der die Organisationsfrage in welthisto-
rischer Dimension diskutiert.

Helmut Schauer

* in: Hack, Negt, Reiche, Protest und Politik, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1968.

3

Frank Wolff

Organisation: Emanzipation und Widerstand

Auf der Delegiertenkonferenz traten eine Verwirrung und eine Unsicherheit zutage, die vor-
her durch die spektakulären Aktionen verdeckt worden waren. Gleichzeitig setzte die Toma-
ten-Aktion der Berliner Genossinnen antiautoritäre Prinzipien kompromißlos durch und er-
weiterte damit radikal die Dimension der Organisationsprobleme, die wir lösen sollen. Die
meisten Delegierten waren kaum auf diese Diskussion vorbereitet und schon garnicht bereit,
eine „realpolitische“ Lösung durchzusetzen; die Isolation der Gruppen während des vorigen
Jahres war auch die schlechteste Vorbedingung für eine verbindliche Diskussion. Die Dele-
giertenkonferenz wurde so zum blinden Ausdruck der antiautoritären Phase des SDS. Sie aka-
demisch zu analysieren haben wir keine Zeit; es kommt jetzt darauf an, ein gemeinsames Be-
wußtsein von den prinzipiellen Schwierigkeiten und den pragmatischen Möglichkeiten der
Organisation herauszubilden. Deshalb versuche ich, die Hauptprobleme möglichst knapp dar-
zustellen und theoretische Differenzierungen auszulassen.

Theorie und Organisation

Es ist heute nicht mehr möglich, aus einer materialistischen Theorie der Geschichte eine revo-
lutionäre Organisation systematisch zu legitimieren. Ich lasse jetzt dahingestellt, wie systema-
tisch es in der Geschichte je verwirklicht wurde — etwa bei der Organisierung der russischen
Revolutionäre — und ob eine solche Systematik von Theorie/Strategie/Taktik/ Praxis nicht
selber schon die bürokratische und reaktionäre Erstarrung der meisten Organisationen der

Arbeiterbewegung in sich enthält. Für die Protestbewegung der Jugendlichen ist es jedenfalls entscheidend, daß eine Ableitung der Organisation aus einer zentralen Theorie nicht mehr besteht. Zwar gibt es wesentliche Ansätze einer materialistischen Interpretation der Geschichte, wie sie sich am klarsten in den Analysen der internationalen Herrschaftsverhältnisse entwickelt haben, aber für die Metropolen besteht aus objektiven Gründen keine Theorie, die konkret und systematisch auf revolutionäre Praxis reflektiert wäre. Theorie ist radikaler noch als früher zum isolierten Spezialgebiet geworden und dient

4

in der Praxis der Protestbewegung teils als Machtinstrument der Prominenten, teils als bloßes Ornament und zur schlechten Rationalisierung der praktischen Schwierigkeiten; der autoritäre Charakter der Theorie gegenüber der Wirklichkeit, wie er schon immer ambivalent angelegt war, drückt sich darin wie in einer Karikatur aus.

Es läßt sich freilich theoretisch bestimmen, warum eine revolutionäre Theorie durch die Geschichte selber eliminiert wird. Die wesentlichen Entwicklungen scheinen mir in politischer Hinsicht die Liquidation und Integration der Arbeiterbewegung im autoritären Staat und in gesellschaftlicher Hinsicht die universelle Zweckrationalisierung aller praktischen Beziehungen der hochindustrialisierten Klassengesellschaft auf der Grundlage des materiellen Technologisierungsprozesses zu sein. Die entscheidende Konsequenz in diesem Zusammenhang ist die Zerstörung jeglicher herrschaftsgefährdender Organisationsformen. Das betrifft das Verbot der KPD und die Neuzulassung ebenso wie die systematische Privatisierung der Massen durch die öffentlichen Medien. Zunächst nur in bewußtseinsprivilegierten und geschichtlich rückständigen Bereichen wie in den Hochschulen ließ sich ein offener Widerstand gegen diese gesellschaftliche Tendenz organisieren.

Nach dieser Erfahrung, daß unsere Organisationsformen vorläufig sein müssen, gibt es drei Reaktionen. Erstens wird geantwortet mit dem Versuch, trotzdem einen geschlossenen Begründungszusammenhang z. B. von den toten Kosten im sich militarisierenden Kapitalverwertungsprozeß bis hin zum gelungenen Orgasmus in der das Reich der Freiheit antizipierenden Polit-Kommune zu konstruieren; ich halte solche Theorien eines technologisierten Anarchismus für paranoid. Zweitens: jede theoretische Legitimation von Organisation und Praxis wird aufgegeben; diese direkte Reaktionsweise scheint mir die blinde Wiederholung bürgerlichen Konsumverhaltens — von Bewußtsein wird noch geredet, aber keins mehr ausgebildet. Drittens gibt es die Möglichkeit, die praktische und organisatorische Arbeit jeweils exemplarisch zu legitimieren; das scheint mir die Bedingung einer bewußten Praxis. An den gegenwärtigen Organisationsproblemen soll jetzt gezeigt werden, daß die Spannung zwischen theoretischen Prinzipien und pragmatischen Schwierigkeiten stets neu ausgehalten werden muß.

Antizipation der freien Gesellschaft

Die Idee, daß die revolutionäre Organisation das Reich der Freiheit schon vorwegnehmen müsse, ist heute wegen der Intensität und Reichweite zentraler gesellschaftlicher Tendenzen historisch eher angemessen als etwa im Anarchismus des letzten Jahrhunderts. Zwei Initiativen der Delegier-

5

tenkonferenz, die Berliner zur Frauenemanzipation und die Hamburger zur Räteorganisation des SDS, haben diesen Impetus auf seinen Begriff gebracht und zur Diskussion gestellt. Die andere Seite ist durch den Begriff der politischen Gegengewalt bezeichnet; dabei steht das Problem, die Entwicklung zu einem offen brutalen Staat zu blockieren und die Fehler der alten Arbeiterbewegung vor dem Faschismus zu vermeiden, im Vordergrund. Es ist unmöglich, diese Gegensätze abstrakt aufzulösen, auch wird die praktische Lösung mangelhaft sein, aber es scheint nützlich, die beiden Ansprüche ständig miteinander zu konfrontieren. Vor allem muß kritisch untersucht werden, welche praktischen Erscheinungsformen die Emanzipationsmodelle haben können, denn auch sie geben theoretisch vor, den allgemeinen Kampf wirksamer zu machen.

Zu Beginn der Protestbewegung in Berlin wurde diese Diskussion am Beispiel der Kommune I eingeleitet. Die inhaltlichen Impulse haben jedoch später nur als äußerliche show überlebt. Die Kommune, in vieler Beziehung eine Karikatur bürgerlich-familiärer Kollektivität geworden, eignete sich freilich auch besonders für Verdrängungsleistungen. An ihr war offensichtlich, daß weder freie Zustände naiv vorweggenommen werden können noch sich solcherart politischer Widerstand organisieren läßt; freilich war die Kommune wichtig als Identifikationssymbol. Relevant ist, daß die abstrakte theoretische Entscheidung, als die sie erschien, für eine radikale Revolutionierung der Revolutionäre und ihrer Privatsphäre praktisch ziemlich kümmerlich umgesetzt wurde; dem entspricht der theoretische Aufwand, mit dem sie verteidigt wurde.

Gerade das scheint auch bei den gegenwärtigen Debatten entscheidend zu sein: Emanzipation wird wieder fetischisiert und ihre Organisation zum starren technischen Instrument. Denn das Wesen der diffusen und vagen Organisationsformen der bestehenden Oppositionsbewegung, die sich noch immer in den Aktionen konstituiert, wird auf die Kader reduziert. Die Projekt- und Basisgruppen des SDS sind entsprechend dann das „revolutionäre Subjekt“ (Hamburger Organisationsmodell) und die aus ihnen konstruierte Räteorganisation schon die Gegengesellschaft; eine prinzipielle Intention wird mit ihrem Miniatur-Modell kurzgeschlossen: die Pariser Commune 1871 mit einem improvisierten Kollektiv revolutionär engagierter Studenten. Zweierlei wird auf diese Weise unterschlagen. Einmal ist jede Antizipation der Utopie abstrakt wie diese selber; wenn man den Begriff des ewigen Friedens als die Umschreibung der freien Gesellschaft akzeptiert, ist an ihm leicht zu zeigen, wie sehr er dem revolutionären Kampf seiner Realisierung widerspricht. Zweitens wird der Charakter der praktisch existierenden Opposition verkannt, weil sie nicht aus ihren

6

materiellen Grundlagen, z. B. den Subkulturen der Sex-Bewegung an den Schulen, den meist liberaleren Sozialisationsformen der Familien mit links engagierten Kindern etc., erklärt wird, sondern nur ihre unmittelbare Erscheinung und noch nicht einmal vollständig; die Nicht-SDSler werden nach moralischen Kategorien bewertet oder einfach vergessen. Aber es kommt gerade darauf an, die latente Wirkung unserer Initiativen außerhalb der Institution SDS zu kennen. Die Emanzipationsmodelle werden vermutlich außerhalb des SDS eine größere praktische Resonanz haben, als daß sie im Verband organisationstechnisch umgesetzt werden können. Es kann sein, daß wir am Anfang einer allgemeinen Bewegung der Frauen stehen; dafür können wir nur Katalysator sein, speziell mit Projektgruppen von Genossinnen und Genossen. Die praktische Konsequenz im SDS selbst ist nicht administrativ zu bestimmen; sicher ist Reiches Vorschlag der temporären Verweigerung des Geschlechtsverkehrs jüngerer Genossinnen gegen ältere Genossen emanzipatorisch, soweit der autoritäre Sexualkonsum im Bewußtsein von dessen Zwangscharakter damit gebrochen werden kann. Für die theoretische Begründung des Berliner Aktionsrates zur Befreiung der Frauen gilt ebenso, was ich zum Verhältnis von Utopie und Kampf angedeutet habe, nur präziser: „Der Anspruch auf Glück (muß) in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden“ (7. Punkt der Resolution) — zwar wird zugestanden, daß man nur die „jetzt schon möglichen Momente einer zukünftigen Gesellschaft“ (Punkt 8) vorwegnehmen kann, es wird aber trotz des organisatorischen Akzents (Punkte 10 und 11) gerade die Differenz verschwiegen zwischen dem Anspruch auf Glück und der mühsamen Praxis, die auf seine Realisierung gerichtet ist und ihm in ihrer notwendigen Disziplin häufig genug zuwiderläuft.

Organisation als Prozeß

Damit ist die Hauptsache unserer gegenwärtigen Organisationsprobleme genannt: das Realitätsbewußtsein von uns selber. Auf dem Boden der objektiven Spaltung in theoretische Arbeit und spontane, oft willkürliche Praxis hat sich eine Radikalität gebildet, die oft auch schlechte Aktionen romantisch verklärt und sogar die Verständnislosigkeit der out-groups zum Gütezei-

chen ernennt. Ich halte jede platonische Distanz für falsch, glaube aber, daß ein erheblicher Teil unserer Reaktionen schon garnicht mehr bewußt ist und nur noch massenpsychologisch erklärt werden kann. Wenn wir Wilhelm Reichs Kritik an der KP teilen, müssen wir unsere eigenen psychischen Motivationen radikal ins Bewußtsein heben und erkennen, daß die begrifflose Radikalität unmittelbar dasselbe ist, wie die autoritäre Reaktion kleinbürgerlicher Massenindividuen. Weil aber dieser Zusammenhang unterdrückt wird, reagieren viele von uns auch blind ge-

7

genüber den objektiven Gefahren eben derselben autoritären Massen. Wir erklären ihre Reaktionen z. B. aus der Verdrängung des Faschismus und der Tabuierung der Gewalt technologischen Massenmordes, aber unser Verhältnis diesen wirklichen Reaktionen der Massen gegenüber bleibt akademisch wie das der KPen bürokratisch: wir richten uns nicht danach, . oder nur, indem wir autoritär auf unserem transzendentalen Recht bestehen. Diese Problematik muß noch speziell diskutiert werden, hier interessiert die Tatsache, daß wir unserer eigenen Praxis oft blind gegenüber treten. Zwar war gerade diese Sorglosigkeit die Bedingung, daß überhaupt große Aktionen durchgeführt wurden, aber die organisierte Publicity hat unsere Potenzprahlerei oberflächlich bestätigt und jedes kritische Bewußtsein unterminiert. Das scheint mir auch die Prominenten zu betreffen, die dem inneren und von außen verstärkten Konkurrenzdruck meistens nicht mehr selbstkritisch standhalten. In diesem Medium, in dem Selbsttäuschung und revolutionärer Elan sich vermischen, läßt sich über Organisationsfragen schwer reden. Von ihnen besteht oft keinerlei konkrete Anschauung; von der allgemeinen Organisation des Verbands nicht, weil die Gruppen weitgehend isoliert gearbeitet haben, von den besonderen Problemen der Gruppen nicht, weil sie alle in der revolutionären Welle untergingen oder aber zu moralischer Haltung gegenüber der anstrengenden Kleinarbeit verwandelt wurden. Insgesamt gibt es kaum Klarheit darüber, daß revolutionäre Organisation immer ein Prozeß lebendiger Menschen ist und kein administrativer Akt mittlerer Beamter. Das gilt umso mehr, als es ein Eigengewicht der Institution SDS für die lebendige Organisation SDS fast nur symbolisch gibt: als Identifikationszeichen. Welchen Organisationsprozeß müssen wir einleiten und wie?

Widerstand im autoritären Staat

Der SDS wird keinen Widerstand organisieren, wenn er ihn nicht aus seinen wirklichen Möglichkeiten, die er jetzt hat, entwickelt. Die Prinzipien des Protests, besonders die Solidarität mit den revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt, haben eine Kompromißfreiheit geschaffen, die sich in einer politischen Moral praktischen Verhaltens ausdrückt und den Bezugsrahmen liberalen Widerstands gegen die westdeutsche Restauration (Beispiel Spiegel-Affäre) durchbricht (s. Oskar Negts Interpretation in „Protest und Politik“ und meinen Beitrag in „Die Linke antwortet Habermas“). Emphatisch ausgedrückt, haben wir damit eine revolutionäre Dimension wieder in die technologisierte Klassengesellschaft, die auf verinnerlichtem Kompromiß und institutionellem Verhalten gründet, eingeführt. Im Bewußtsein der Protestbewegung drückte es sich zuweilen ideologisch als die Rebellion lebendiger Menschen gegen die toten Appara-

8

te aus; das entsprach der wirklichen Abstraktion der Gesellschaft selber und unserer Stellung zu ihr. Fast losgelöst von dieser teils euphorischen Revolte wurde die Notstandsopposition pflichtgemäß zu Grabe getragen. Daß wir durch den neuen Zustand unmittelbar betroffen sind, ist nicht recht aufgefallen; Widerstand diente als beschwörende Formel. Was können wir nun gegen den autoritären Staat verwirklichen? Die Konsolidierung wird nur als kollektiver Lernprozeß stattfinden, aber sie wird nicht von selbst geschehen. So sehr die Gruppen wegen ihrer informellen Struktur am ehesten in der Lage sind, Repressionen des Staates zu unterlaufen, so wenig sind sie die Träger eines mystischen Willens. Sie sind auf überregionale Koope-

ration und Initiative angewiesen, die sich wiederum nicht durch moralische Forderungen, sondern durch Organisationsarbeit herstellen. Es scheint, daß es genügend Genossen gibt, die eine lokale und überregionale Arbeitsteilung organisieren könnten. Hier sind die bewußten Zusammenschlüsse von qualifizierten Arbeitskollektiven mit intensivem Anspruch notwendig, soweit sie nicht ideologisiert werden; in Ansätzen bestehen solche informellen Gruppen oder Kader bereits. In diesem Arbeitszusammenhang müßte der Bundesvorstand definiert werden als politische Instanz, d. h. die Fraktionskämpfe im SDS und außerhalb müssen von ihm besonders artikuliert und eventuell initiiert werden. Das wäre auch die beste Gewähr inhaltlicher Kontrolle, die von einer bürokratischen Räteorganisation, wie sie es gegenwärtig sein müßte, überhaupt nicht geleistet würde. Übrigens sollte der Name Bundesvorstand besser beibehalten werden, damit der Fetischismus neuer Namen für die alte Sache uns nicht an der praktischen Veränderung des Alten hindert.

Die Frage bleibt, ob nicht die anonymen „informellen Kader“ ebenso wie die Berliner VW-Kader schlicht ein Hirngespinnst bleiben könnten. Denn der materielle Druck ist für viele Genossen stark und läßt kaum eine volle Aktivität zu. Aber genau dies Problem, verstärkt durch die Fluktuation eines Studentenverbandes, läßt sich nicht theoretisch lösen, nur mit praktischer Anstrengung durch viele Niederlagen hindurch. Politisch notwendig sind solche Arbeitsgruppen in jedem Fall wenn ich mich nicht täusche, wird es in den kommenden politischen Gerichtsverfahren und danach sehr auf das Bewußtsein von gemeinsam arbeitenden Gruppen ankommen, damit blinde private Angstreaktionen der SDSler und der sogenannten unorganisierten Linken nicht zu offen masochistischen Aktionen Umschlagen. Die Kontakte zu jungen Arbeitern und Angestellten sind noch zu schwach, als daß sie ein Schutz vor massiven Gefahren wären. Der autoritäre Staat erzwingt, daß wir radikaler werden: im kritischen Bewußtsein unserer eigenen Organisation.

9

Joscha Schmierer

Bemerkungen zur Organisationsfrage

In der Organisationsfrage äußert sich jeweils die Krise der revolutionären Bewegung insgesamt oder die Krise einer bestimmten Organisationsform der revolutionären Bewegung, die deren objektiver Entwicklung nicht länger entspricht. In der gegenwärtigen Diskussion im SDS wurde es bisher versäumt, den Charakter der organisatorischen Krise auf diese ihre Bedingungen hin zu untersuchen, obwohl gerade der SDS den Glauben an eine mechanische und automatische Herausbildung der revolutionären Situation nie besessen hat und insofern in der Lage sein müßte, die Organisationsfrage in aller Radikalität zu stellen, statt sie nur als verbandsinternes Problem zu behandeln.

1. Eine Krise der revolutionären Bewegung könnte durch eine objektive Entwicklung der bestehenden Gesellschaft selbst bedingt sein, die real „eindimensional“ geworden wäre und die revolutionäre Alternative ein für allemal als Möglichkeit abgeschafft hätte. Die Apathisierung der Massen wäre dann keine Frage der ideologischen Manipulation, sondern adaequater Ausdruck der bestehenden Gesellschaft. Die Krise der revolutionären Bewegung ließe nur einen letalen Ausgang zu. Die Organisationsdebatte wäre Ausdruck eines falschen Bewußtseins, das hinter der objektiven Entwicklung herhinkt. Ihre sektiererischen Züge entsprächen dann ihrem Wesen; die Frage wäre gelöst, indem sie gestellt wird. In dieser Interpretation erschienen die Massenaktionen der jüngsten Zeit als ideologisches Aufbäumen einer Minderheit, die sich der Einsicht in den Zwang der Geschichte nicht beugen will und an dieser Einsichtslosigkeit zerbricht. Die Organisationsdebatte wäre eine Frage des falschen Bewußtseins der Revolutionäre, nicht dessen der Adressaten ihrer Agitation und Aktion.

Eine solche Interpretation legt uns die bürgerliche Presse nahe, die die aktuelle Krise des SDS als notwendige Folge einer grundsätzlich verfehlten Politik darzustellen versucht. Sie ist

durch den Fortschritt der Befreiungskämpfe der Dritten Welt und den erneuten offenen Ausbruch der

10

Klassenkämpfe in Frankreich zwar international falsifiziert; das nimmt ihr aber nichts an Gefährlichkeit für die Entwicklung der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik, denn sie berührt sich in wesentlichen Punkten mit der persönlichen Motivation nicht nur vieler mobilisierter Studenten, sondern auch eines großen Teils der Genossen. Diese waren im Grunde und bis vor kurzem fest überzeugt, daß gegen die Formierung des autoritären Staates nichts zu machen sei und wurden erst durch die Aktionen selbst in den Kampf hineingezogen, ohne ihre generelle Skepsis zu überwinden. Die Studentenbewegung mobilisierte schließlich nicht zufällig vor allem die geisteswissenschaftlichen Fakultäten, d. h. sie bezog einen großen Teil ihres Potentials aus einer Gruppe ideologisch Verzweifelter. Diese laufen Gefahr, ihre gruppenspezifische Verzweiflung beim ersten Anzeichen der Krise der revolutionären Bewegung wieder als allgemeine zu fassen, und in private, kritische, aber von der Nutzlosigkeit der Kritik überzeugte Kontemplation zurückzuverfallen. Eine Renaissance der adornitischen generellen Praxisfeindlichkeit ist durchaus zu erwarten; vor allem dann, wenn die unmittelbaren Folgen der Studentenbewegung vorläufig nichts als einige Reformen sein sollten, die die gruppenspezifische Situation zu erleichtern scheinen. Der Rückfall auf eine Bewußtseinsstufe, die durch die Praxis und die Aktionen schon tendenziell überwunden war, wird zur objektiven Unmöglichkeit der Revolution hypostasiert. Vermittelt über eine reaktionäre Interpretation der aktuellen Krise könnte dieser Rückfall das Ende der Studentenbewegung bedeuten, wenn sie nicht von außen neue Impulse erhält. Statt mobilisierende Funktion auf die Arbeiterklasse auszuüben, wäre sie auf deren Spontaneität angewiesen, um die eigene Krise zu überwinden. Die vorwiegend existenzialistische Motivation vieler Studenten, droht sich gegen jede Form kontinuierlicher politischer Arbeit zu wenden. Sie kann nicht durch bloße Appelle überwunden werden, sondern durch ihre praktische Widerlegung im Nachweis der objektiven Möglichkeit revolutionärer Veränderung in konkreten Aktionen mit konkretem Ergebnis.

2. Dann würde sich zeigen, daß die Studentenbewegung nicht über die objektiven Möglichkeiten hinauschoß, sondern daß sie sich diesen als Studentenbewegung nicht gewachsen zeigte. Die Krise der revolutionären Bewegung, wie sie sich in der Organisationsfrage zeigt, würde sich als Problem der subjektiven Möglichkeiten der Studentenbewegung erweisen, und sie wäre Krise der revolutionären Bewegung insgesamt nur insofern, als diese immer noch vorwiegend Studentenbewegung ist. Die Organisations- und Aktionsformen der Studentenbewegung würden der Lösung

11

der objektiven Aufgaben nicht entsprechen, aber deren mögliche Lösung keineswegs widerlegen. Deren aktuelle Lösung würde voraussetzen, daß die Studentenbewegung ihre sozialen Bedingungen als Intellektuellenbewegung reflektiert und in dieser Analyse das Bewußtsein erst gewinnt, das es ihr ermöglicht, stellvertretend für die lohnabhängigen Massen zu handeln, um durch deren Mobilisierung die eigenen Bedingtheiten und Grenzen zu überwinden. Was in der Interpretation der bürgerlichen Presse, die den subjektiven Motivationen der mobilisierten Studenten weithin entgegenkommt, als objektive Unmöglichkeit der revolutionären Bewegung und grundsätzliche Falsifizierung ihrer Politik dargestellt wird, erwiese sich als subjektive Schwierigkeit der Studentenbewegung ihrem eigenen substitutionalistischen Anspruch gerecht zu werden, und die politischen Konsequenzen aus diesem Anspruch zu ziehen, der durch die Osterund Anti-Notstands-Aktionen, die auf die Arbeiterklasse Übergriffen, partiell gerechtfertigt wurde. Organisations- und Aktionsformen der Studentenbewegung wären den Aufgaben der revolutionären Bewegung, die sie initiierte, nicht gewachsen. Die Krise der revolutionären Bewegung läge darin, daß sie ihren Charakter als Studentenbewegung noch nicht abgelegt hat, was die subjektive Voraussetzung dafür wäre, daß sie ihre eigenen Möglichkeiten wahrnimmt.

3. Beschränkt man sich in der Analyse der aktuellen Krise, die innerhalb des SDS als Organisationsfrage des SDS diskutiert wird, auf die Avantgardefunktion des SDS für die Studentenbewegung, so reduziert sich das Problem auf die Frage, ob der SDS dieser Avantgardefunktion länger gewachsen ist und wenn nicht, welche organisatorischen Bedingungen er erfüllen müßte, um dieser Funktion gewachsen zu sein. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Studentenbewegung in sich weitertreibende Elemente genügend enthält und daß der SDS als ihre Avantgarde derzeit nur nicht in der Lage ist, diese Elemente herauszuarbeiten, zu artikulieren und in revolutionäre Praxis umzusetzen. Einer solchen Interpretation das Wort reden, bedeutet die Dialektik von Reform und Revolution für die Studentenbewegung voraussetzen: eine Annahme, die von der unreflektierten Übertragung klassischer Theorien der Arbeiterbewegung auf die Studentenbewegung lebt und die Unmöglichkeit einer solchen Übertragung, wie sie etwa Lukacs dargelegt hat, abtut mit vagen Hinweisen auf vage Theorien der „Wissenschaft als Produktivkraft“ und der technischen Intelligenz als neuer Arbeiterklasse. Eine andere Erklärung der Krise meint, der SDS sei in „der Bewegung“ aufgegangen, wobei der unbestimmte Begriff „Bewegung“ insinuiert soll,

12

daß diese auf etwas Bestimmtes hinauswill, daß man schon gar nicht mehr zu benennen habe, so sehr sei es der „Bewegung“ immanent. Was in der Theorie noch nicht recht gelang und in der Praxis vorerst auf sich warten läßt, die Vermittlung zwischen konkreten Interessen der Studenten und Arbeiter, wird durch Sprachmanipulation als Problem aus der Welt geschafft. In der unbestimmten „Bewegung“ wird als gelöst vorausgesetzt, was als ungelöstes Problem der ganzen Organisationsdebatte zugrundeliegt. Es geht dann nur noch um die Wiederherstellung der Avantgardefunktion des SDS und diese wird durch Zentralisation des Verbandes gewährleistet.

4. Noch beschränkter als diese Interpretation erweist sich die Vorstellung, die derzeitige Misere des Verbandes erkläre sich schlicht aus einem Widerspruch zwischen sozialdemokratischer Verbandsstruktur und revolutionären Organisations- und Aktionsformen der Gruppen und könne durch eine Durchsetzung der letzteren auf Verbandsebene behoben werden. Nachdem zunächst die Probleme der revolutionären Theorie und Praxis auf die Probleme der Studentenbewegung reduziert wurden, die zur „Bewegung“ schlechthin stilisiert wird, muß das auf lokaler Ebene schon Erreichte nun noch überregional verallgemeinert werden, um die Krise der revolutionären Bewegung, die ja in Wahrheit nur in einer überholten Verbandsstruktur des SDS besteht, generell zu beheben. Dann ist es nur folgerichtig, wenn das nur als Produkt des massenhaften revolutionären Kampfes zu verwirklichende Räte-System, als abstraktes Organisationsschema einer Avantgarde verschrieben, auf deren Funktionsbestimmung man sich erst gar nicht mehr einläßt. Einer so narzistischen Betrachtungsweise der derzeitigen Krise der außerparlamentarischen Opposition, die sich in der unvermittelten Gleichsetzung von Organisation der Avantgarde und Organisation der revolutionären Massenbewegung zum Zeitpunkt der Doppelherrschaft darstellt, entspricht die nabelschauende Sicht in der derzeit die autoritären Strukturen innerhalb des Verbandes diskutiert werden: als eine Art Klassenkampf zwischen führenden und anderen Genossen und zwischen Genossen überhaupt und Genossinnen. Das naive Erstaunen darüber, daß der SDS selbst noch nicht das neue Jerusalem ist, sucht seine Erklärung in einer isolierten Analyse des Verbandes, statt in der seiner Beziehungen zur bestehenden Gesellschaft. Damit wird die Hoffnung auf Befreiung im SDS lokalisiert, statt in der Gesellschaft, wo sie die revolutionäre Bewegung im Kampf zu verwirklichen hat. Vergessen wird, daß der Elan einer revolutionären Bewegung gerade in der Spannung besteht zwischen dem Bewußtsein vom Ziel und

13

der aktuellen Misere, nicht aber im illusionären Versuch, diese Spannung unmittelbar aufzuheben, indem man die Organisation auf die Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse verpflichtet. Darin äußert sich eine passive Einstellung gegenüber der Organisation, die das Kon-

sumentenverhalten in der kapitalistischen Gesellschaft reproduziert. Aktuelle Schwächen der Organisation, die nur im Weitertreiben des revolutionären Prozesses überwunden werden können, werden als Wesen der Organisation verstanden. Statt die Organisation als inhaltlich orientierte Interaktion von Individuen zu verstehen, wird sie als Fremdes den eigenen Bedürfnissen gegenübergestellt und somit nur betrachtet, statt als Resultante der objektiven Situation der Gesellschaft und des subjektiven Bewußtseins der Mitglieder begriffen.

Ohne differenzierte Analyse wird die Organisation zum bloßen, dem eigenen verändernden Eingriff entzogenen Faktum. Die Organisationsfrage scheint nur noch durch die Sezession lösbar (vgl. Resolution der Berliner Genossinnen). Wenngleich eine solche Einstellung durch die gegenwärtigen Strukturen des SDS partiell bestätigt wird, erweist sie sich, indem sie diese Strukturen als unveränderbar ansieht, als Übertragung ontologischer Betrachtungsweisen der bürgerlichen Gesellschaft auf den SDS, wobei der Fehler nicht erst in der Übertragung, sondern schon in der Betrachtungsweise selbst liegt, die, würde sie durchgehalten, jede revolutionäre Praxis schon im theoretischen Ansatz verhindern würde. In allem Existenten bloß das immer Gleiche zu sehen, und unter Abstraktion der historischen Entwicklung des SDS diesen als schlicht konterrevolutionär und als bloße Wiederholung der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen, heißt das Spiel jener zu spielen, die vom SDS nur deshalb fordern, daß er das schlechthin Andere sein solle, damit sie sich guten Gewissens im Bestehenden einrichten können: selbst die Theorie der befreiten Gebiete, deren Übertragbarkeit auf die Situation in den Metropolen sehr fragwürdig ist, muß eingestehen, daß diese wenigstens noch die Grenze gemeinsam haben mit solchen Gebieten, die nicht befreit sind, und daß ihr innerer Charakter durch diese Grenze bestimmt wird. Die Analyse der inneren Strukturen des SDS kann von der Struktur der bestehenden Gesellschaft nicht absehen, ohne mit der Vernachlässigung des Bedingungs-zusammenhangs der Organisationsprobleme auch deren mögliche Lösung aus den Augen zu verlieren. Zwar darf die Organisationsfrage nicht instrumentell verkürzt werden, indem unter Hinweis auf objektive Aufgaben hierarchische Strukturen verewigt werden, doch können diese hierarchischen Strukturen nur durch Ausweitung des Kampfes abgebaut werden, der allseitig geführt, eine nicht repressive Arbeitsteilung ermöglicht.

14

Im Grunde gingen gerade die Berliner Genossinnen diesen Weg, indem sie spezifische Aufgaben übernahmen. Die Insistenz auf Isolation vom übrigen Verband macht freilich revolutionäre Arbeitsteilung zur repressiven, wenn etwa davon ausgegangen wird, daß Kindererziehung Sache der Frau sei, denn dann würde eine historisch bedingte Arbeitsteilung, die die revolutionäre Organisation nicht abstrakt negieren kann, als „natürliche“ gesetzt und könnte nicht emanzipatorisch gewendet werden. Die inneren Widersprüche des SDS müssen zur Motivation der Ausweitung des Kampfes dienen; diese Ausweitung des Kampfes kann aber die inneren Widersprüche der Organisation nur dann lösen, wenn er nicht seinerseits isoliert geführt wird.

II.

1. Die derzeitige organisatorische Krise erweist sich als Ausdruck einer allgemeinen Krise der revolutionären Theorie einerseits und spezifischer Schwierigkeiten des SDS andererseits. Diese erhalten ihre materialistische Erklärung durch die Analyse der Entwicklungstendenzen des monopolkapitalistischen Staates und der bisherigen Praxis der revolutionären Bewegung in diesem. Nur eine solche Analyse der revolutionären Bewegung im Rahmen der bestehenden Machtkonstellation und Klassenstrukturen läßt die Ausarbeitung konkreter Strategien zu und ermöglicht eine Behandlung der Organisationsfrage in theoretisch-praktischer Absicht. Die Delegiertenkonferenz konnte diese Analyse nicht leisten und lief deshalb Gefahr bei einer narzistischen Beschreibung der eigenen Schwierigkeiten stehen zu bleiben, d. h. eine abstrakte Verurteilung der autoritären Strukturen des SDS auszusprechen, ohne die Möglichkeit ihrer Aufhebung zeigen zu können. Darin zeigte sich die analytische Schwäche des Verbandes um so deutlicher, als der Ausbruch offenen Klassenkampfes in Frankreich, dessen

Unterdrückung in der CSSR und die Weiterentwicklung des autoritären Notstandstaates in der Bundesrepublik die Notwendigkeit einer solchen Analyse auch subjektiv einsichtig macht. Der SDS, der sich seither theoretisch vor allem auf die Dialektik des Befreiungskampfes in der Dritten Welt und in den Metropolen bezog, hat nicht nur die eine Seite, den Kampf in den Metropolen analytisch vernachlässigt, sondern hat die Analyse der aufbrechenden Widersprüche in und zwischen den nichtkapitalistischen Ländern fast ganz unterlassen. Dies erklärt sich zwar aus der Genese der Studentenbewegung als deren Avantgarde der SDS sich versteht, muß aber seine Weiterentwicklung zur revolutionären Organisation behindern. In dem Auseinanderklaffen von globaler Theorie und technizistischer Diskussion der Organisationsfrage zeigt sich, daß die Be-

15

Stimmung des strategischen Stellenwertes der Studentenbewegung als aktueller Form der revolutionären Bewegung, in diesem Kontext noch keineswegs gelungen ist. Die Organisationsfrage des SDS ist aber nur ein ziemlich nebensächlicher Teilaspekt dieser Analyse. Daß der SDS sich ihr gewachsen zeigt, setzt jedoch bestimmte organisatorische Bedingungen voraus, deren Verwirklichung nicht länger aufgeschoben werden kann, so vor allem die innerverbandliche Arbeitsteilung und Kommunikation. Diese Teilprobleme können zwar vorläufig nur pragmatisch gelöst werden, was aber nicht bedeutet, daß ihre inhaltliche Bestimmung mit technischen Kniffen und moralischen Appellen manipulativ verdrängt werden dürfte.

2. Die Ursachen der gegenwärtigen Krise des SDS können nicht auf inner-verbandliche reduziert werden. Sie liegen im Charakter der Studentenbewegung und ihrer Reflexion durch den SDS, der sich als deren Avantgarde versteht. Die Studentenbewegung, ohne selbst schon revolutionär zu sein, hat dennoch sowohl objektiv als auch im Bewußtsein des SDS stellvertretende Funktion für eine breite revolutionäre Bewegung angenommen. Daraus ergeben sich sowohl Widersprüche zwischen Avantgarde und Studentenbewegung, wie zwischen Studentenbewegung und den anderen, potentiell revolutionären Klassen. Diese Widersprüche drücken sich Innerhalb der Avantgarde als ungeklärte theoretische Gegensätze aus, die sich in einer nicht wirklich ausdiskutierten verschiedenen Einschätzung der Studentenbewegung niederschlagen. Deren aktuelle Formulierung ist die Randgruppentheorie einerseits, die Theorie der technischen Intelligenz als neuer Arbeiterklasse andererseits. Diese Theorien stehen lediglich sofern sie ahistorisch gefaßt werden, in Widerspruch zueinander. Werden sie in ihrer jeweiligen Berechtigung und ihrem historischen Zusammenhang nicht reflektiert, führen sie zu unverstandenen strategischen Gegensätzen in jeder einzelnen praktischen Fragestellung, wie etwa der Hochschulpolitik generell und der Institutspolitik im besonderen. Sie führen auch zu einer jeweils verschiedenen Fassung des substitutionalistischen Charakters der Studentenbewegung, insofern die Studenten als Randgruppe gefaßt, nur abstrakt in einem allgemeinen Angriff auf den Staat für andere Klassen stellvertretend handeln könnten, während sie als fortschrittlichster Teil einer neuen Arbeiterklasse, die jetzt schon unter Bedingungen steht die tendenziell auf die ganzen lohnabhängigen Massen zutreffen, gerade in ihrem spezifischen Kampf gegen spezifische Unterdrückung unmittelbar stellvertretenden Charakter annehmen könnte. Im letzteren Fall träfe auf die Studentenbewegung die traditionelle Dialektik von

16

Reform und Revolution zu; die Studentenschaft wäre als ganze potentiell revolutionär; unmittelbare Aufgabe der Revolutionäre wäre eine Syndikalisierung der Studenten und der von ihnen beschickten Berufe, mit dem Ziel die unmittelbaren Konflikte im Arbeitskampf aufzugreifen und im gewerkschaftlichen Kampf über sich selbst hinauszutreiben. Ließe diese Theorie die Studentenschaft tendenziell in einer neuen Arbeiterklasse aufgehen, deren Verbreiterung notwendige Folge des ökonomischen Prozesses ist, so geht die Randgruppentheorie davon aus, daß bestimmte Teile der Studentenschaft auf Grund ihrer spezifischen Bedingungen die allgemeine Unterdrückung besonders deutlich erfahren, und diese im politischen Kampf

unter Überschreitung ihrer spezifischen Interessen tendenziell für alle verstehbar und im Interesse aller artikulieren.

In dem sie die allgemeinen Interessen aller „Menschen“ wahrnehmen, verbreitern sie durch exemplarische Angriffe auf die Herrschaft, die im Staatsapparat verkörpert ist, ihre Basis, indem sie immer neue Einzelne in den Kampf hineinziehen. Nicht indem die Studenten für die eigenen Interessen eintreten, nehmen sie die Interessen aller wahr, sondern indem sie die Interessen aller auf Grund ihrer spezifischen Situation zu ihren eigenen machen, werden sie die neuen Revolutionäre.

Der strategisch wesentliche Unterschied der beiden Theorien liegt in ihrer jeweils verschiedenen Bestimmung des Charakters der Stellvertretung, den die Studentenbewegung annehmen kann. Er spiegelt sich wieder in dem praktisch meist unvermittelten Nebeneinander von außeruniversitärer Politik und Hochschulpolitik, die die Strategie vieler Gruppen kennzeichnet und bestimmt meist die Konflikte zwischen AStAen und SDS-Gruppen, die immer dann auftreten, wenn Genossen in AStAen arbeiten. Er wird konkret in der Mitbestimmungsproblematik und geistert als unverstanden durch die Diskussion von Projekt- und Basisgruppen. Eine seiner Ursachen liegt in der Genese der Studentenbewegung, die nach wie vor, vor allem von der geisteswissenschaftlichen, nicht unmittelbar produktiven Fakultät getragen wird und die ihre theoretische Begründung gerade in der Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Produktion und der Theorie der Wissenschaft als Produktionskraft fand. So werden aber die objektiven Bedingungen der Studentenbewegung und die subjektive Motivation ihrer derzeitigen Träger meist heillos vermischt, der exemplarische Charakter verschiedener Aktionen und die Repression, die sie nach sich ziehen, falsch eingeschätzt. Die widersprüchliche theoretische Begründung hat aber ihre Bedeutung im heterogenen Charakter der „Studentenbewegung“, der exemplarisch in den historisch synchronen Notstandsstreiks an der Uni und den gewerkschaftlichen Streiks an den Ingenieur-

17

schulen zu Tage trat, und der nicht im abstrakten Postulat nach „Revolutionierung der Wissenschaft überwunden werden kann.

III

Solange diese theoretischen Widersprüche der Studentenbewegung nicht in einer breiten revolutionären Bewegung aufgehoben sind, können die Organisationsprobleme der Avantgarde nur pragmatisch gelöst werden. Diese pragmatische Lösung muß die Erfahrungen der bisherigen Studentenbewegung und die Entwicklung des Verbandes berücksichtigen.

1. Die Studentenbewegung war nicht durch spezifische Interessen der Studenten motiviert. Vielmehr konkretisierte sich der abstrakte Widerstand gegen den Vietnamkrieg zum Widerstand gegen Institutionen, die diese Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk direkt oder indirekt unterdrückten. Die abstrakte Solidarität mit dem Vietkong wurde zum Kampf gegen die bestehende Gesellschaft, deren innere repressive Mechanismen in Zusammenhang gesetzt wurden mit der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Osteraktionen und Antinotstandsstreiks waren Stufen dieser Konkretisierung des Kampfes. Mobilisiert wurden die Studenten als „Staatsbürger“, die die Versprechen der Verfassung ernst nahmen, um erst im Kampf gegen deren Deformierung den verschleiern den Charakter dieser selbst zu durchschauen. Die Parlamentarismuskritik als theoretische Seite dieser Entwicklung, machte die Notwendigkeit der Organisation des Widerstandes an der Basis praktisch einsichtig. Die Hochschulstreiks nahmen antizipatorisch deren Verwirklichung vorweg, indem sie teilweise in Universitäts- und Institutsbesetzungen übergingen. Diese Entwicklung vom liberalem Protest gegen „Auswüchse“ der bestehenden Gesellschaft und der Mobilisierung der Studenten als Staatsbürger oder „Menschen“ zum Widerstand an der Basis und der politischen Organisation der Studenten am Arbeitsplatz, bleibt vorläufig weithin Postulat. Die fehlende praktische Erfahrung mit dieser organisatorischen Wendung der Politik an der Hochschule, wie sie in Institutspolitik, den Basis- und ad-hoc-Gruppen sich abzeichnet, lassen die

möglichen Gefahren, Rückfall in reformistische Hochschulpolitik, Reproduktion der irrationalen Fächertrennung in der Organisation der Studentenbewegung, Verlust des gesamtgesellschaftlichen und allgemeinpolitischen Impulses nur ahnen. Jedenfalls sind die seitherigen Versuche im Rahmen einer allgemeinen Strategie noch ungeklärt, zumal wenn sie generell und ohne differenzierte Analyse der jeweiligen Funktion der Institute als globale Strategie unter dem Schlagwort „Revolutionierung

18

der Wissenschaft“ propagiert werden. Was sich dahinter im Einzelnen verstecken mag, ist vorläufig noch nicht heraus, doch ist das allgemeine Prinzip, Dezentralisierung der politischen Arbeit, Konkretisierung des Widerstands, Organisation am Arbeitsplatz und Intention der Aufhebung der Trennung von bürgerlichem Studium und politischer Freizeitbeschäftigung, als Versuch die Studentenbewegung in der Institution Universität auf Dauer zu stellen, — in seiner allgemeinen Form richtig.

Exemplarischen Charakter hatte die Studentenbewegung bisher nur in ihren nicht gruppenspezifisch, sondern allgemeinpolitisch motivierten Aktionen, wie zu Ostern und bei den Notstandsaktionen, wo gegenüber der Arbeiterklasse, die in einzelnen Individuen mobilisiert wurde, eben das nicht gelang, was jetzt an der Universität versucht wird: Politisierung am Arbeitsplatz. Offensichtlich stellt sich heute die Problematik der Intellektuellenorganisation, die Lukacs beschrieb, als allgemeines Organisationsproblem der revolutionären Bewegung dar. Die Mobilisierung geht nicht über den Kampf unmittelbarer Interessen, der aus sich Momente des politischen Kampfes her austreibt, sondern über die Identifikation des Einzelnen mit allgemeinen Prinzipien, die über ihre theoretische Einsicht erst wieder in die Sphäre der Produktion zurückwirken.

Diese Mobilisierung der Individuen in der Öffentlichkeit, statt ganzer Klassen in der Produktionssphäre, bringt spezifische Organisationsformen mit sich, wie vor allem das teach-in, das in seiner Beziehung auf Erfolgskriterien (Abstimmungssiege, Überführung in die direkte Aktion) mehr die Konsumentenbeziehung zwischen akkumulierten Einzelnen und Volkstribunen fördert, als das des Dialogs zwischen Masse und Avantgarde. Diese autoritäre Struktur, die ihre Ursache in der Mobilisierung der einzelnen als Staatsbürger hat, die nur in der Aktion zum selbsttätigen Kollektiv werden können, wirkt auf die Avantgarde, die durch tribunenhafte Sprecher vertreten wird, zurück und trägt unter Umständen zur Apathisierung der Genossen bei. Diese Struktur der Studentenbewegung und der Avantgarde kann auf die Dauer nur in der Vermassung der Theorie und der Organisation am Arbeitsplatz aufgehoben werden, denn nur dort läßt sich die Relation Publikum-Sprecher in einem arbeitendem Kollektiv überwinden.

Die überraschenden Erfolge zu Ostern und in den Notstandsaktionen bringen die Gefahr einer Fehleinschätzung dieser Problematik mit sich und drohen bestimmte Aktionsformen, zur Aktion schlechthin zu hypostasieren, was sich etwa in der ständigen Furcht vor dem „Rückfall“ hinter bereits erreichte Aktionsformen zeigt. Schon die oberflächliche Subsumtion der Osteraktionen und der Notstandsaktionen unter dem Begriff

19

„Massenaktionen“ enthält diese Gefahr, weil dieser von dem spezifischen Inhalt der betreffenden Aktionen, dem jeweils besonderen Exempel das sie statuierten, absieht. Hatten die Osteraktionen jeweils das unmittelbare Ziel, die Auslieferung der Springererzeugnisse zu verhindern, so hatten sie ihre weitertreibende organisierende Wirkung gerade in der kämpferischen Durchsetzung dieses Ziels und in dem Beweis, daß das Privatkapital und der Staat in ihrer Allmacht potentiell in Frage gestellt werden können, wenn sie überraschend und massenhaft angegriffen werden.

Die Notstandsstreiks dagegen standen von vornherein unter anderen Bedingungen: einerseits waren sie demonstrativ gegen den Erlass der Notstandsgesetze gerichtet, deren Verhinderung jedoch weder unmittelbares noch mittelbares Ziel der Aktionen sein konnten, andererseits

hatten sie das abstrakte Ziel der „Organisation des Widerstandes“, für die keine Erfolgskriterien angegeben werden konnten. So hatten sie den Charakter eines unmittelbaren Angriffs auf die Staatsmacht, denn nur deren Zerschlagung konnte, nachdem es feststand, daß die Notstandsgesetze nicht zu verhindern waren, noch Ziel der Aktionen anlässlich der Notstandsgesetze sein. In der aktuellen Situation jedoch konnte die Machtfrage nicht gestellt werden, es sei denn symbolisch. Symbole haben aber nicht schon an sich organisierende Kraft. Die Formel „Organisation des Widerstandes“ konnte also nur konkretisiert werden, wenn der abstrakte und nur symbolische Angriff auf den Staat zum Angriff auf die bestimmte Institution Universität wurde. Dieser mußte aber, sollte er nicht seinerseits abstrakt bleiben, bestimmte Ziele und Erfolgskriterien beinhalten. Diese lagen zunächst in der Durchführung von befristeten Streiks. Das reichte schon deshalb nicht aus, weil dieser gerade in seiner zeitlichen Fixierung nach wie vor auf den Erlaß der Notstandsgesetze fixiert blieb, also gerade in seiner Bestimmtheit abstrakt bleiben mußte. Der Streik mußte andere inhaltliche Ziele aus sich selbst heraus entwickeln: er mußte, wenn er strategische Perspektive haben sollte, den Kampf mit der Universität derart aufnehmen, daß er Fakten schuf, die durch die Universitätsbürokratie nach Beendigung oder Zerschlagung des Streiks nicht wieder zurückgenommen werden konnten: diese konnten nur in einer neuen Qualität der Organisation der Studentenbewegung bestehen. Organisation ist aber nicht Selbstzweck, vielmehr hat gerade der Kampf für ein konkretes Ziel mit bestimmten Erfolgskriterien den entscheidenden organisatorischen Effekt und das gerade in der Frühphase einer Massenbewegung, die sich immer nur ad hoc und temporär wiederherstellt.

An dieser grundsätzlichen Schwierigkeit, der Zirkelhaftigkeit der Notstandsstreiks, setzte die Politische Universität in Frankfurt an. Ob sie in

20

der Lage gewesen wäre den Zirkel, zu durchbrechen, kann nicht überprüft werden, weil sie zu früh durch die Rückeroberung der Polizei unterbrochen wurde. Die Notstandsaktionen, denen der eindeutige Charakter der Osteraktionen fehlte, mußten selbst an den Universitäten zu resignativen Erscheinungen führen und erst recht innerhalb der mobilisierten Arbeiterschaft, der es noch kaum gelungen ist, ein gewisses Gegenmilieu auszubilden, das Rückschläge unterlaufen könnte. Dies läßt sich freilich nur vermuten.

Gerade unter diesen Umständen sollten die bisherigen Massenaktionen in ihrer strategischen und organisatorischen Bedeutung differenziert analysiert werden, statt einen ihrer Aspekte, den des abstrakten Machtkampfes, zu verabsolutieren und immer aufs neue wiederherstellen zu wollen. Eine solche Strategie, die sich in der Furcht vor dem „Rückfall“ äußert, vergißt, daß „Massenbasis“ kein Fixum ist, sondern jeweils durch spezifische Aktionen und Argumentationen immer aufs neue wieder hergestellt werden muß und daß in diesem Zusammenhang durchaus Aktionsformen wieder wichtig werden können, die abgetan schienen. Hinter der Furcht vor dem „Rückfall“ steckt meist nichts anderes als die Furcht vor langfristiger Arbeit und der sorgfältigen Vorbereitung der Aktionen. Aktionen z. B., die die Macht entlarven, statt die sinnlose Konfrontation mit ihr zu suchen, bekommen jetzt, wo es den mobilisierten Massen vorläufig nicht gelungen ist sich selbst zu organisieren, wieder neue Bedeutung. Da die revolutionäre Bewegung als Studentenbewegung ziemlich in der Luft hängt und selbst an der Universität noch kaum verankert ist, die Arbeiter aber gerade außerhalb des Betriebs, ihrer eigenen Organisationsbasis mobilisiert wurden, hat dieser „Rückfall“, d. h. die Wiederaufnahme von Kampfmitteln der winzig kleinen Minderheit seine materialistische Begründung. Nachdem sich die Staatsgewalt wieder gefestigt hat und ihrerseits zum Angriff übergeht, können wir uns Hochstapelei länger nicht leisten. Die offensive Antwort des SDS wird vielmehr darin bestehen, daß er sich von den ihm durch die Presse aufgedrängten Erwartungen befreit und Massenaktionen nicht länger als Fetisch versteht, sondern ihre Vorbereitung reflektiert. Die Massen könnten sich sonst betrogen fühlen. Der SDS läuft Gefahr, die Massen zum Objekt zu machen, wenn er auf die List der Staatsmacht und ihrer Justiz hereinfällt, die immer

schon Landfriedensbruch sieht, wo der Frieden kaum gestört wurde, und wenn er nun permanent die Machtfrage stellen will.

Gescheiterte Machtkämpfe führen jedoch zum Abbröckeln der Basis und sind immer dann die subtile Form von Quietismus, wenn sie die revolutionäre Phantasie derart schädigen, daß einem nichts mehr einfällt,

21

wenn die Machtfrage vorläufig beantwortet ist. Das Wort haben dann die Reformisten.

IV

Kann dieses Organisationsproblem zwischen Avantgarde, Studentenbewegung Masse nur am Ort der konkreten politischen Arbeit, in den einzelnen Städten und Universitäten überwunden werden, so stellt sich das Problem der Organisation der Avantgarde als nationaler Organisation in anderen Begriffen.

Die Entwicklung des SDS vom akademischen Verband zur politischen Organisation, die konkrete Aktionen durchführt, führte zu einer Veränderung der Verbandsstruktur, zu einer Stärkung der Gruppen als der Träger der Aktionen und zu einer Entfunktionalisierung des Bundesvorstandes für die innerverbandliche Arbeit. Die Hinwendung von praxisloser Reflexion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zum Angriff auf diese in ihrer jeweils bestimmten Gestalt, führte zu einer Dezentralisierung des Verbandes, der eigentliche Organisationsfaktor auf nationaler Ebene war nicht der Bundesvorstand, sondern die gemeinsame Analyse (Springerkampagne) und der zentrale Angriff der Staatsmacht auf die bürgerliche Demokratie (Notstandsgesetze). Die Springerkampagne kam nicht vorwärts ehe durch das Attentat auf Rudi Dutschke das auslösende Zeichen für bundesweite Aktionen gegeben wurde. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze kam über die Phase der Resolutionen und Kongresse erst hinaus, als deren Erlaß unmittelbar bevorstand. Jeweils hatte die Analyse die Bedingung für koordinierte Aktionen gegeben und hatten Ereignisse außerhalb des Verbandes die Aktionen ausgelöst. Ihre Gleichartigkeit war nicht durch die zentrale Organisation des Verbandes, sondern durch die vorhergehende gemeinsame Analyse bedingt. Sie waren Ergebnis der langfristigen theoretischen Selbstverständigung und inner-verbandlichen Kommunikation, im übrigen aber der ganz normalen Nachrichtenvermittlung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Gerade aber die innerverbandliche theoretische Kommunikation wurde durch die Entwicklung des letzten Jahres in Frage gestellt. Das Nichterscheinen der Korrespondenzen und die Praxis fernen und unregelmäßigen Veröffentlichungen der „neuen kritik“ sind nur ein Symptom für diese Entwicklung. Die Provinzialisierung der Gruppen, die ihre Aktionen nur noch lokalpatriotisch reflektieren ist ein weiteres. Entscheidend ist der Funktionsverlust des Bundesvorstandes für die innerverbandliche Arbeit und seine Reduktion auf die Vertretung des Verbandes gegenüber der Meinungsindustrie. Der BV nahm die Aufgabe eines bürgerlichen Partei-

22
Vorstandes wahr und zeigte auch entsprechende Verselbständigungstendenzen. Vortragsreisen und Pressekonferenzen waren die Instrumente seiner Politik. Die notwendige innerverbandliche Kommunikation konnte ein zweiköpfiger BV nicht leisten. Der Mangel dieser Kommunikation führte zu Fehlern, wie etwa der zentralen Wiederholung der Springerblockade oder der großspurigen Ankündigung der Bundeswehrkampagne, anstelle der Koordination der inhaltlichen Vorbereitung der Delegierten-Konferenz.

Solange die theoretischen Widersprüche zwischen Randgruppentheorie und Neuer-Arbeiterklasse-Theorie, zwischen anarchistischen, marxistisch-leninistischen und schlicht reformistischen Tendenzen nicht einigermaßen analytisch aufgearbeitet sind, kann die Organisationsfrage des Verbandes nur pragmatisch gelöst werden. Unmittelbare Aufgabe des Verbandes ist jedoch Wiederherstellung der innerverbandlichen Kommunikation, Koordination der analytischen Arbeit, Entwicklung einer arbeitsteiligen Verbandsstruktur. Würden solche Kommunikationsprobleme als bloß technische mißverstanden, ginge dies gerade an der politischen Notwendigkeit einer breiten theoretischen Diskussion vorbei, die jetzt durch den Schlag

gegen die Revisionisten (Ausschluß der 5) und das allseitige analytische Bedürfnis der Gruppen, die erstmals praktische Erfahrungen gesammelt haben, ermöglicht wird.

Der Kampf gegen die Repression, die sich ihrerseits dezentralisiert hat und routinemäßig die Revolutionäre auf dem kalten Wege durch Justizverfahren ausschalten will, setzt arbeitsfähige und nach lokalen und regionalen Strategien vorgehende Gruppen voraus. Sollen sie aber nicht durch die fehlende Koordination ihrer konkreten Arbeit kaputtgemacht werden, dann ist Reorganisation des Verbandes dringend notwendig und zwar nicht durch Aufblähung des bürokratischen Wurmfortsatzes BV zu einem bürokratischen Wasserkopf, sondern durch die Selbstorganisation der arbeitenden Gruppen. Diese Notwendigkeit wird zwar im Hamburger Antrag abstrakt postuliert, doch entspricht eine voll durchformalisierte Rätestruktur, die die Situation des Verbandes völlig unberücksichtigt läßt und mit deren Durchführung der BV beauftragt wird, diesen Bedürfnissen kaum. Genau so wenig entspricht ihnen die Forderung nach Stärkung des BV, wie er von Frankfurter Genossen erhoben wird. Die derzeitigen Aufgaben können von einem zentralen BV in Frankfurt, der von der Frankfurter Gruppe kaum Unterstützung erwarten darf, nicht einmal technisch erfüllt werden. Vielmehr wird dieser BV über den alles läuft und an dem alles hängen bleibt die Verbandsarbeit eher hindern als stärken.

23

Demgegenüber hat der Berliner Vorschlag auf Einrichtung von „Sekretariaten“ oder besser Schwerpunktgruppen den Vorteil, daß er an den funktionsfähigen Kollektiven des Verbandes ansetzt, den Gruppen, und die Notwendigkeit regionaler Organisation mit zentraler Koordination bestimmter Projekte und Kampagnen zu verbinden ermöglicht. Die aktiven Genossen werden nicht aus ihrem Arbeitskollektiv herausgerissen und in Frankfurt isoliert, und sind damit weder der Gefahr der Verselbständigung noch der Bürokratisierung unterworfen. Für technische Arbeiten müssen nicht wie jetzt in Frankfurt gutwillige Genossen gesucht werden, die sie als entfremdete erfüllen, sondern sie können durch die politisch arbeitende Projektgruppe, die in der betreffenden SDS-Gruppe die Schwerpunktarbeit macht selbst durchgeführt werden. Die Gefahr, den Verband nur noch nach außen zu vertreten, wird beschränkt und die Notwendigkeit, die Arbeit des Verbandes zu koordinieren, erscheint nicht mehr als bürokratische Pflicht, sondern ergibt sich aus den konkreten Bedürfnissen der politischen Arbeit am eigenen Ort. Die Gefahr des Informationsmonopols ist sehr viel geringer als beim zentralen BV, der die einkommenden Informationen meist nicht einmal auswerten und damit auch nicht weitergeben kann. Darüber hinaus ist diese Organisationsform sehr viel flexibler, insofern sie arbeitsteilig verfährt, wird die bürokratische Arbeit begrenzt und kann sehr viel leichter an andere Gruppen weitergegeben werden, als dies jetzt beim BV der Fall ist, wo der neue BV vom alten nicht einmal eingearbeitet wird und einen ganzen Wust von undurchschaubaren Verpflichtungen übernehmen muß.

Wenn aber diese Vorteile für Schwerpunktarbeit zuträfen, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht auch für die BV-Arbeit generell zutreffen sollten und warum nicht eine arbeitsfähige Gruppe die BV-Arbeit machen sollte, wobei sie der DK zwei bis drei Genossen verantwortlich benennen müßte. Diesem „BV“, der in der Funktion etwa den „Vororten“ in der klassischen Arbeiterbewegung entsprechen würde, könnten dann die Schwerpunktgruppen zu regelmäßigen Sitzungen Beauftragte delegieren, die die seitherige Beiratsfunktion erfüllen. Damit würde dieses Gremium endlich einen Inhalt für den Verband selbst, statt nur für die Presse erhalten. Da die Mitglieder des Beirats jeweils nach der Art ihrer Mitarbeit in den Gruppen bestimmt würden, wäre eine reale Verbindung zwischen Gruppen und Verband hergestellt, wenn sich die Schwerpunktarbeit so weit durchgesetzt hätte, daß praktisch alle Gruppen eine bestimmte Aufgabe verantwortlich übernommen hätten, wäre ein Gremium zentraler Kommunikation geschaffen, das alle Gruppen an der Verbandsarbeit direkt beteiligen würde, statt sie wie jetzt auf zufällige Kontakte zu ver-

24

weisen. Die Effizienz des Verbandes würde damit in keiner Weise geschädigt, denn diese ist bisher reiner Mythos und besteht im Grunde nur in der nominellen Repräsentanz. Auftretende finanzielle und andere technische Fragen müßten noch ausführlich diskutiert werden, doch ist nicht einzusehen, warum sie nicht gelöst werden könnten. Jedenfalls sollte die Verbandsfrage, die nur pragmatische Lösungen zuläßt, nicht länger unter solchen machtpolitischen Gesichtspunkten diskutiert werden, die lediglich individualistische und lokalpatriotische Struktur reproduzieren.

25

Strategie und Organisation des SDS*

1. Bisherige Strategie des SDS und seine Organisation Bei der Diskussion der organisatorischen Fragen des SDS kann man nicht von den „inneren“ Problemen des SDS allein ausgehen. Vielmehr ist die wechselseitige Bedingtheit der autoritären Organisationsstruktur des SDS, seiner Unfähigkeit, die genannten Probleme auch nur sinnvoll zu diskutieren einerseits und seiner politischen Strategie andererseits zu untersuchen. Da die Strategie des SDS als theoretisch durchgängig abgeleitete nicht existiert, soll hier stark vereinfacht kurz beschrieben werden, was bisher als Strategie des SDS galt. Wichtigstes Merkmal dieser Strategie ist zweifellos, daß sie die politischen Unfähigkeiten des SDS jeweils ins positive kehrte: wo es nicht gelang, eine politische Aktion zu planen, wurde die Selbsttätigkeit mystifiziert; wo es nicht gelang, organisatorische Konsequenzen zu ziehen, wurde von der Selbstorganisation geredet, so daß der richtige Ansatz von Selbsttätigkeit und Selbstorganisation in sein Gegenteil verkehrt wurde. Praktisch läßt sich diese Strategie (mit einigen Ausnahmen, die noch zu diskutieren sind) darauf reduzieren, daß der SDS bei spontanen Rebellionen als Interpret (nicht oder nur selten als Avantgarde) der Rebellion fungierte. Der theoretische Niederschlag dieser Strategie war, daß durch die Verschärfung der Widersprüche im Spätkapitalismus einerseits und durch die provokative Entschleierung des Staatsapparates auf der anderen Seite eine ständig verallgemeinernde Rebellion entstünde, die, selbsttätig sich entfaltend, sich in Selbstorganisation organisatorisch wendend den Staatsapparat mehr und mehr in Frage stellen würde, bis zur Doppelherrschaft und der endlichen Zerschlagung des Staatsapparates. (Zu diskutieren wäre noch die organisatorische Relevanz der Definition des SDS als Agent der Revolution in der

* Dieses Papier wurde von einer Gruppe des Berliner SDS ausgearbeitet. Es sollte die Fragen systematisieren, die sich in Berlin und auf der 23. DK zu Fragen der Strategie und Organisation ergeben hatten. Das Papier wurde Mitte Oktober als Diskussionsgrundlage im LV Berlin zirkuliert. Auf der nächsten Delegiertenkonferenz im November 1968 wird sich erweisen müssen, wie relevant die Fragestellung der Berliner Genossen für den gesamten SDS ist.

54

3. Welt, die die Praxis des SDS eine zeitlang bestimmte und Medium für den Anschluß des SDS an die Revolution war). Resultat und Voraussetzung einer derartigen Strategie lassen sich ohne Schwierigkeit in der organisatorischen Struktur des SDS wiederfinden: Einige Autoritäten, die als Zauberkünstler die Funktion des Interpreten jeweils wahrnehmen können und im übrigen ein Verband, der allenfalls dann und wann eine neue Autorität erzeugt, im übrigen aber höchstens die politische Funktion hat, in politischen Aktionen den provokativen Stimulus für die Entfaltung der Rebellion zu geben. Damit steht die Verengung des Praxisbegriffes auf militante, den Staatsapparat herausfordernde Aktionen in unmittelbarem Zusammenhang. Aus der Analyse der Massenaktionen zu Ostern und der Hochschulaktionen anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze lassen sich hierfür Konkretisierungen entwickeln. Bei den Osteraktionen traten zu Beginn der spontan-reaktiven Rebellion die Autoritäten des SDS (und Autoritäten von außerhalb des SDS) als die Interpreten dieser Rebellion auf, die den Rebellierenden tatsächlich kaum mehr zu sagen wußten, als diese schon dachten und fühlten. Es

war also nicht der SDS die Avantgarde dieser Rebellion, sondern die scheinbare Avantgarde im SDS in Form der Autoritäten wurde zu einer ebenso scheinbaren Avantgarde der Rebellion. An einigen Punkten freilich wurde dieses Verhältnis beispielhaft durchbrochen. Zunächst hing das Vorverständnis der Rebellierenden, das dann von den Interpreten auf den Begriff gebracht wurde, unmittelbar von den vorausgegangenen Aktivitäten des SDS ab: die Springerkampagne und das Springertribunal hatten die Richtung der Rebellion gewiesen, die Scheibeneinwürfe vor dem Vietnamkongreß ihre Form (unabhängig davon, ob diese Scheibeneinwürfe bei Springerfilialen politisch überlegt waren oder nicht). Damit deutet sich in der strukturellen Falschheit des Verhältnisses SDS — Rebellion auch etwas richtiges an: die Vorbereitung bestimmter Richtungen und Aktionsformen durch politische „Kleinarbeit“, die sich dann umsetzen kann in Massenaktionen. Wichtiger als diese, nur teilweise vom SDS geleistete Vorarbeit sind die Umstände der Transformation der Rebellion in die Kampagne zum 1. Mai und in ihre organisatorische Fixierung in den Basisgruppen: nach dem 2. Juni war aus der Kritik an den narodnikischen Aktionen abstrakt abgeleitet worden, daß man sich nicht mehr an das „Volk“ wenden könne, sondern nur an Teile der Arbeiterklasse einerseits und an Jugendliche (Schüler, Lehrlinge) andererseits; die verschiedenen „Arbeiterprojektgruppen“ des SDS hatten wenigstens ansatzweise ihre Stellung innerhalb des SDS diskutiert; mit der Diskussion der verschiedenen Laden-

55

Projekte war die Schaffung von lokalen Basen in den Arbeiterbezirken mindestens andiskutiert. Daß diese Diskussion nicht zu einer Klassenanalyse geführt hat, findet sich in den strategischen Problemen der Basisgruppen ebenso wieder, wie in der Gesamtdiskussion des SDS. Im Prozeß der Transformation der Osteraktionen wurden dann auch folgerichtig Projektgruppen des SDS zu den Kernen von Basisgruppen und wurden teilweise zur Avantgarde der 1. Mai-Kampagne und lösten so die Scheinavantgarde (zu dieser Zeit fixiert in einem „Zentralrat“) teilweise ab. An dem Prozeß der Transformation der Osteraktionen ließe sich auch eine „Typologie“ von Autoritären entwickeln: vom praxislosen intellektuellen Interpreten über diejenigen Genossen, die in einem engen Diskussionszusammenhang des SDS standen bis zu Genossen, die dann zu den Autoritäten der Basisgruppen wurden. Die Verlagerung der Avantgardefunktion ist also weniger als personelle denn als funktionale Transformation anzusehen. Daß diese Transformation nicht zu einer genuinen Umstrukturierung des SDS führte, hat im wesentlichen zwei Gründe: den nur sporadischen Diskussionszusammenhang im SDS und die strategische Unvorbereitetheit des SDS auf die Basisgruppenarbeit, die verhinderte, daß die Basisgruppen zu einem wesentlichen und erfolversprechenden Teil der SDS-Praxis wurden.

Ähnliches läßt sich nachweisen für die Aktionen anläßlich der Verabschiedung der Notstandsgesetze. Waren anfänglich noch die wenigen Notstandsexperten des SDS als Interpreten des Widerstandes Avantgarde der Widerstandsaktionen (hier deshalb nicht Scheinavantgarde, weil über die Bedeutung der Notstandsgesetze noch kein so durchgängiges Vorverständnis erzeugt war wie in der Springerfrage), so wurde diese Avantgarde mit der Transformation des Widerstandes in eine offensive Hochschulpolitik (Besetzungen und Reformforderungen) aufgehoben durch die ad-hoc-Gruppen der einzelnen Institute und Fakultäten (wobei deren gesamtuniversitäre oder gar interuniversitäre Verallgemeinerung sträflich vernachlässigt wurde.) Damit wurde die Phase der „Zauberkünstlerpolitik“, die bis dahin die Hochschulpolitik des SDS beherrschte und ihren Höhepunkt und ihre Grenzen am 2. Juni erreichte, strukturell ähnlich wie bei den Basisgruppen überwunden. Es läßt sich auch hier ein richtiger Sprung in der politischen Praxis konstatieren, der eine Strategie, die nur Zauberkünstler braucht, transzendierte. Eine Verbindung der beiden Ansätze Basisgruppen und ad-hoc-Gruppen dagegen ist nicht gelungen (über die Gründe, die nicht nur in der Unfähigkeit des SDS liegen, soll hier nicht weiter diskutiert werden). Der wichtige Unterschied zu den Osteraktionen liegt in der Partikularität der Hochschulaktionen und darin, daß

tatsächlich eine inhaltliche Kontinuität vermittelt werden konnte: als angemessene Antwort auf die Notstandsgesetze wurde die Verweigerung der Produktivkraft definiert, als Analogon zum Streik der Arbeiter wurde für die Studenten die inhaltliche Umwandlung ihrer Produktivkraft herausgearbeitet.

Zusammenfassend ist über die bisherige Strategie des SDS zu sagen: sie war eine Strategie der fakultativen Mobilisierung zu Massenaktionen, die ihre Resultate allgemein nicht zu systematisieren oder gar organisatorisch zu wenden vermochte; wo dies mehr zufällig und durch die Initiative einzelner Gruppen des SDS durchbrochen wurde, hat sich keine von da ausgehende Umstrukturierung des Verbandes entwickelt, weil die allgemeine Strategie nicht in Frage gestellt wurde.

2. Neubestimmung der politischen Strategie des SDS Auszugehen ist von einer Phase des Kapitalismus, die sich dadurch auszeichnet, daß die Produktivkräfte soweit entfaltet sind, daß von den technischen Möglichkeiten und den ökonomischen Bedingungen her (Automation, Überflußproduktion, Zerstörung gesellschaftlichen Reichtums) der Sprung ins „Reich der Freiheit“ auf der Tagesordnung steht (bewußt wird hier abstrahiert von der revolutionären Bewegung der Dritten Welt, da diese nur beschleunigenden Charakter für die Rekonstruktion revolutionären Bewußtseins in den Metropolen hat; abstrahiert wird auch von der Funktion der Existenz der osteuropäischen sozialistischen Länder, da diese zwar zweifellos die militärische Absicherung mancher revolutionären Bewegungen übernommen haben, für die Initiierung revolutionärer Bewegung aber sowohl in der Dritten Welt als auch in den Metropolen eher hemmend wirken). Eine Strategiediskussion im SDS wird natürlich diese Momente nicht so auf der Basis des gemeinsamen Vorverständnisses erledigen können: die eingehende Analyse dieser Phase des Kapitalismus liefert Ansatzpunkte für eine politische Praxis; die Rolle der Revolution in der 3. Welt für die Entfaltung des voluntaristischen Impetus im SDS und allgemeiner in der linken Intelligenz ist für die praktische Frage der Mobilisierung noch lange nicht theoretisch aufgearbeitet.

Zwischen Sein und Bewußtsein tritt in dieser Phase das, was man als „Manipulation“ im weitesten Sinne bezeichnen könnte: Manipulation in ihrer direkten Ausprägung der Massenkommunikationsmittel, in ihrer indirekten Form in der Konsumsphäre (Verwertung von Partialtrieben und so Perpetuierung des autoritären Charakters etc.) und in der Produktionssphäre (Arbeitsorganisation im weitesten Sinne). Wichtigstes Ergebnis dieser Manipulation ist weniger die Unfähigkeit, gesellschaftliche Wirklich-

57

keit zu erkennen als vielmehr die Unfähigkeit, die objektive Möglichkeit der Veränderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen wahrzunehmen. Diese Unfähigkeit wird noch gestützt durch die historische Erfahrung der Arbeiterbewegung. (Zerschlagung der Arbeiterbewegung bis hin zur Zerstörung der Klassenbewußtsein tradierenden Funktion der Familien und des proletarischen Milieus; Resignation nach den Niederlagen im Anschluß an die beiden Weltkriege etc.; Mißtrauen gegen die SPD, KPD und Gewerkschaften etc.) Dies deutet darauf hin, daß als politische Arbeit weniger zu verstehen ist, durch „Aufklärung“ zu versuchen, das Bewußtsein von der Wirklichkeit wieder herzustellen — gegen dieses Bewußtsein wird die Arbeiterklasse solange Widerstand entwickeln, solange dieses Bewußtsein nicht das Bewußtsein von der realen Möglichkeit der Negation dieser Wirklichkeit enthält. Das Bewußtsein von der objektiven Möglichkeit gesellschaftlicher Umwälzung aber kann sich nicht durch Aufklärung oder durch Ausmalen von Utopie herstellen, sondern nur durch eine Praxis, die diese Möglichkeit antizipiert und materialisiert. In wie weit sich diese Antizipation in radikalen Aktionen der Studenten manifestieren kann, ist ungeklärt. Es stehen zwei Erfahrungen gegeneinander: die Wahrnehmung der Studenten als „Herren-söhnchen“ und die Identifikation mit besonders militanten Aktionen. Dies läßt sich am besten demonstrieren an der Mairevolte in Frankreich, wo sich in dem Augenblick fast explosionsartig Klassenbewußtsein ent-

faltete, wo die Arbeiterklasse in politischer Solidarisierung mit den Studenten sich als streikende wiederfand, die eine gesellschaftliche Macht darstellte. Die Entfaltung von Machtforderungen (die von CGT und PC dann zurückgeschraubt wurden auf tradeunionistische Forderungen) und deren Scheitern geben zumindest Ansatzpunkte für eine politische Strategie. Es läßt sich da natürlich keine bruchlose Analogie konstruieren: analysiert werden müßte die Rolle der Arbeiterorganisationen für die Konservierung von Restbeständen von Klassenbewußtsein, das sich dann unter den Bedingungen der Mairevolte entfalten konnte.

Ausgehend von der Analyse der Manipulation (als Verschleierung der Wirklichkeit und der Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung) hat der SDS zunächst abgeleitet, daß die politische Aktion selbst zum konstitutiven Moment jeder Bewußtseinsbildung zu machen sei. Dieser richtige Ansatz kann aber nur dann Wirklichkeit werden, wenn die politische Praxis nicht nur insofern bewußtseinsbildend ist, als sie die Wirklichkeit des spätkapitalistischen Systems provokativ entschleiert, sondern auch insofern, als diese Praxis sich wendet in die Konstruktion antizipatorischer

58

gegengesellschaftlicher Elemente, die die Dimension der subjektiven und objektiven Möglichkeiten eröffnen.

Eine derartige Strategie wäre zu diskutieren an dem Scheitern ähnlicher Ansätze (ungefähr vom Anarchosyndikalismus, Proudhonismus etc. bis zum praktischen Sozialismus bei Korsch usw.). Bevor auf die einzelnen Ebenen eingegangen wird, die sich für eine derartige Strategie eröffnen, sei der abstrakte Formalismus dieser Strategie kurz definiert: Ausgehend von Massenaktionen und Kampagnen werden organisatorische Momente entwickelt, die die Inhalte derartiger Kampagnen in partikulären Reformmodellen umsetzen und damit die organisatorische und politische Vorbereitung weiterer Kampagnen liefern mit dem Ziel, diese gesellschaftlichen Positionen stetig auszubauen. Als untrennbare Bestandteile einer derartigen Strategie sind zu nennen: Die Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente muß ihren Ausgangspunkt in politischen Aktionen oder Kampagnen haben; sie muß sich verwirklichen in den Bereichen der Produktion und Konsumtion, Erziehung und Ausbildung, Kommunikation, (und teilweise als Hilfsfunktion in anderen Bereichen wie Justiz, Medizin etc.); die gegengesellschaftlichen Elemente müssen der ständigen politischen Verallgemeinerung in Kampfaktionen etc. fähig sein, und sie müssen in den jeweiligen Bereichen und Institutionen immer tendenziell die Machtfrage stellen, und sie müssen durch ihren festen Zusammenhang ihre eigene Partikularität hin zur Stellung der allgemeinen Machtfrage transzendieren, wobei immer die zentrale Stellung der Produktionssphäre berücksichtigt werden muß: in der praktischen Arbeit haben immer alle anderen Bereiche nur Ergänzungscharakter für die Stellung der Machtfrage im Produktionsbereich; an der nur partikularen Verwirklichung dieser Bestandteile läßt sich auch das Scheitern ähnlicher Versuche analysieren. Praktische Ansätze einer derartigen Strategie gibt es gegenwärtig an der Hochschule und in Form der Kindergärten. An diesen Ansätzen läßt sich bereits jetzt zeigen, welche Fehler zu vermeiden sind: etwa an der Differenz zwischen kritischer Universität und dem Aufbau linker Abteilungen innerhalb der einzelnen Fakultäten (beides ist zwar aus politischen Kampagnen hervorgegangen, aber die kritische Universität hat als universitätsexternes Gebilde sich selbst von ihrer Basis isoliert, war nicht der kämpferischen Verallgemeinerung fähig und konnte schon auf Grund ihres der Universität äußerlichen Charakters keine Machtfrage stellen); die Gegenkindergärten als politisches Element (also nicht nur als gegenseitige Hilfe) sind bis jetzt noch zu sehr von den anderen Praxisbereichen des SDS isoliert, um in den politischen Kampf miteinbezogen zu werden. Wie in den anderen Bereichen (besonders in der Produktion) gegengesell-

59

schaftliche Organisationsformen entwickelt werden können, soll hier nur kurz angedeutet werden (hier praktikable Vorschläge zu entwickeln, wird die Aufgabe der strategischen Diskussion im SDS sein). Insbesondere ist die abstrakte Bestimmung hier noch so weit von den

gegenwärtigen Möglichkeiten des SDS entfernt, daß sich Konkretionen nur als unerfüllbare Forderungen an die Basisgruppen erweisen könnten. Aus einer Kampagne für die Selbstbestimmung der Produzenten, so wie sie in Berlin ansatzweise vor dem 1. Mai stattfand, wären Organisationsformen wie informelle Betriebsgruppen zu entwickeln, die nicht nur politisch im alten Sinne wirken (Interpretation der Aktionen der „APO“ etc.), sondern die sich in ihrer Ausbildung und in ihrer Betriebsagitation auf die Machtübernahme im Betrieb als langfristiges Ziel, auf die Übernahme einzelner Funktionen durch die Produzenten selbst als kurzfristiges Ziel vorbereiten (kurzfristig also auf Probleme der Arbeitsorganisation, offene Kritik an der Investitionspolitik etc.). Strategisch muß sie im SDS im Zusammenhang mit der Rolle der Gewerkschaften auf Betriebsebene und im Rahmen einer Reformismuskonversation bearbeitet werden. Die temporäre Übernahme einzelner Betriebe durch Besetzungen dürfte dabei nur als politische Kampfmaßnahme in Frage kommen, deren zeitliche Begrenztheit von vornherein feststeht. Innerhalb der Überbauberufe dürfte mit der Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente ungefähr das, was unter „Syndikalisierung der Überbauberufe“ im Berliner SDS diskutiert wurde, inhaltlich identisch sein. Anwaltskommunen, Organisation von Rote-Kreuz-Trupps von linken Ärzten, linke Abteilungen in Krankenhäusern, sozialistische Lehrervereinigungen, Übernahme einzelner wissenschaftlicher Institute durch linke Wissenschaftler stehen hier als Symbole. Die Frage eines Gegensektors innerhalb der Kommunikation (Gegenöffentlichkeit) erhält eine gewisse Sonderstellung: Gegenöffentlichkeit wird nur in wenigen Fällen als den organisatorisch vorgegebenen Rahmen transzendierendes Moment fungieren können (außer als Medium der Expansion der anderen Bereiche in Kampagnen). Ansonsten hat sie mehr die Funktion der ideellen Reproduktion der Linken. Gerade deshalb aber hat das Moment der Kommunikation besondere Bedeutung für die Organisation des SDS. Wie weit Konsumentenassoziationen als politisches Element brauchbar wären (als Mittel zur Erleichterung der materiellen Reproduktion der Genossen wären sie sicher sinnvoll) müßte im Einzelnen noch diskutiert werden; die Erfahrungen der klassischen Konsumvereine sind dabei nur begrenzt übertragbar, da hier wohl alle Fehler gemacht wurden, die man nur machen kann). Für die so zu entwickelnden organisatorischen Elemente müssen zwei Momente ver-

60
wirklich werden: Sie müssen so organisiert sein, daß die revolutionäre Arbeitsfähigkeit der in ihnen organisierten Menschen voll entfaltet werden kann (also nicht beeinträchtigt durch autoritäre Strukturen oder durch Gefährdung der materiellen Reproduktion), sie müssen außerdem in der Lage sein, die Gefahr des reformistischen glückliche-Inseltums zu umgehen (dies vermittelt sich über die inhaltliche Bestimmung der gegengesellschaftlichen Elemente als Kampf Organisationen).

3. Organisation

Aus einer derartigen Strategie lassen sich einige Bedingungen für die Organisation sowohl des SDS als auch spezifischer gegengesellschaftlicher Basisorganisationen ableiten. Am Beispiel einer Gruppe von Arbeitern etwa (dasselbe gilt ungefähr für Ärzte), die in der beschriebenen Art politisch aktiv werden, ist leicht zu sagen, daß sie nach Möglichkeit auch außerhalb des Betriebs sehr eng kooperieren müßten (am günstigsten sicher innerhalb von Wohngemeinschaften), daß sie ihre materielle Reproduktion untereinander gemeinsam und auch innerhalb einer allgemeineren Organisation (etwa Zusammenschluß mehrerer derartiger Kooperative) organisieren müßten, schon weil die Gefahr, den Arbeitsplatz zu verlieren, relativ groß ist (und kein arbeitsgerichtlicher oder gewerkschaftlicher Schutz zu erwarten ist). Damit stellt sich das Problem der Bildung von Kadern auf einer nichtformalen Ebene. Aus ähnlichen Konstruktionen für Ärzte, Juristen, Lehrer etc. ließe sich als allgemeine Regel ableiten, daß die politische Organisation unter den beschriebenen strategischen Bedingungen nur als Tendenz zur Organisation der gesamten Lebenspraxis zu verstehen ist.

Bevor in diesen systematischen Zusammenhang die Organisationsstruktur des SDS zu bearbeiten ist, ist es notwendig, noch zwei Momente zu analysieren, die für die Organisation des

SDS bestimmend sind. Das eine als strategisches ist die Rolle der Konterrevolution in der Entfaltung der linken Rebellion. So sind etwa Kampagnen gegen die Justiz oder gegen die Bundeswehr politische Aktivitäten, die für die Linke eine Frage des Überlebens sind, ohne direkt unter die oben klassifizierten Elemente einer allgemeinen Strategie zu fallen: sie haben im ganzen gesehen Schutzfunktion für die Konstruktion gegengesellschaftlicher Elemente (mit dem Spezialfall, daß schließlich die Zerschlagung der kapitalistischen Staatsmacht Schutzfunktionen haben wird für die Revolution). Diese Kampagnen zu organisieren, ist unter Umständen in der Gewichtung der politischen Aktivitäten sogar Voraussetzung für die Strategie der Konstruktion von Elementen der Gegengesellschaft. Das andere Moment ist die Bedürfnisstruktur der im SDS organisierten Individuen selbst. Diese Frage ist umso wichtiger, als sich gegenwärtig für den SDS zu entscheiden beginnt, ob die Entfaltung dieser Bedürfnisstruktur zu einer politischen Produktivkraft wird oder zu einer politischen Destruktivkraft.

Falsch wäre es, jetzt den Fehler zu wiederholen, der durchgängig den individuellen vom kollektivistischen Anarchismus unterschied: zu meinen, die Entfaltung und Verwirklichung der individuellen Bedürfnisse vorwiegend aus den Mittelschichten stammender Individuen implizierte an sich schon eine revolutionäre Strategie und die dazu notwendige Organisation. Dieser Fehler läßt sich vom Stirnerschen Verein der Freien bis hin zur Kommune I verfolgen. Der Grundirrtum derartiger Konzeptionen lag in der kritiklosen Ineinssetzung der Bedürfnisse mehr oder weniger luxurierender Schichten mit den emanzipatorischen Interessen des Proletariats. Gleichzeitig besteht aber für die im SDS organisierten Individuen eine Dialektik zwischen der Entfaltung der je spezifischen Bedürfnisse und der allgemeinen gesellschaftlichen Umwälzung, wobei durch die durchaus voluntaristischen Entscheidungen, Sozialist zu werden, sowohl der Rahmen für die individuelle Entfaltung gesetzt wird, als auch erst in der politischen Praxis die Möglichkeit für diese Entfaltung geschaffen wird, die ihrerseits wieder die politische Praxis bestimmt.

Auf dieser Basis lassen sich drei Widersprüche im SDS analysieren: zwischen Autoritäten und Nichtautoritäten, zwischen ökonomisch gut ausgestatteten und ökonomisch unterprivilegierten Genossen, zwischen Genossen und Genossinnen. Der Widerspruch zwischen Genossen und Genossinnen ist nun teilweise in dem Widerspruch zwischen Autoritäten und Nichtautoritäten enthalten. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß sich das Autoritätenproblem im SDS nur unter der Voraussetzung einer Neuentwicklung der politischen Strategie des SDS lösen läßt; der Formalismus der Auflösung wurde beispielhaft an der Bildung der Basisgruppen und der ad-hoc-Gruppen nachgewiesen. Die Politik der Konstruktion von gegengesellschaftlichen Elementen stellt an den SDS Anforderungen, die eine analoge Umstrukturierung fordern: die Avantgarde der Zauberkünstler wird dann notwendig denjenigen Gruppierungen weichen müssen, die innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche gegengesellschaftliche Organisationstypen entwickeln und so die soziale Basis jeder politischen Aktivität schaffen. Inwieweit auch der Widerspruch zwischen Genossinnen und Genossen in dieser Strategie tendenziell aufgehoben wird, hängt sowohl von der inhaltlichen Bestimmung der angeführten Strategie als auch von der Klassenspezifität der Artikulation der Interessen der Genossinnen ab.

62

Über den Widerspruch zwischen ökonomisch unterprivilegierten und überprivilegierten Genossen (daß dieser Widerspruch bisher im SDS überhaupt nicht diskutiert wurde, sagt viel aus über die Klassenlage der Genossen im SDS) kann gegenwärtig kaum mehr gesagt werden, als daß zum einen ein horizontaler Finanzausgleich im SDS organisiert werden müßte, daß man zum anderen Institutionen zu schaffen hätte, die mit einem Minimum an entfremdeter Arbeit die materielle Reproduktion von Genossen gewährleisten könnten (vgl. hierzu das linke Verlagswesen; zu erwägen wären andere Institutionen in der Sphäre von luxurierender Produktion und Konsumtion).

Die nächste Ebene auf der die Organisation des SDS diskutiert werden muß, ist die funktionale Teilung des SDS nach verschiedenen Praxisbereichen. Zur Zeit lassen sich mehrere dieser Bereiche (selbst wieder funktional unterteilt) unterscheiden, deren größte und am meisten durchorganisierte der Hochschulbereich und der Basisgruppenbereich sind. Als organisatorische Aufgabe wurde im Zusammenhang mit den Basisgruppen die Hilfsfunktion des SDS bei der Organisierung von Lehrlingen definiert: die Erstellung von Analysen der Lage der Lehrlinge bis hin zu praktikablen Vorschlägen (Neuorganisation einer nicht kapitalabhängigen Lehrlingsausbildung etc.). Diese Arbeit ist bisher noch nicht in Angriff genommen. Noch undefiniert laufen nebenher Justizkampagnen, Internationale Zusammenarbeit. Gerade solche übergreifende Projekte bedürfen der dringenden Konkretisierung: so kann etwa der Internationalismus im SDS erst dann zu einer politischen Produktivkraft für den SDS werden, wenn Kontakte organisiert werden, die wirklich die Verallgemeinerung der Lernprozesse in den verschiedenen Praxisbereichen gewährleisten, wenn der SDS seine Aufgaben gegenüber anderen revolutionären Organisationen benennt etc. Eine vordringliche Aufgabe wird es sein, diese verschiedenen Bereiche aus ihrer falschen Einheit zu erlösen und durch ihre jeweilige Organisation eine richtige Einheit herzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Hochschularbeit und der SDS als Studentenorganisation besonders zu diskutieren. Gegenwärtig ist es so, daß durch die falsche Einheit der Bereiche die Rolle der im SDS organisierten Studenten, ihre Bedürfnisse und Ziele und deren Vermittlung mit der politischen Praxis des SDS nur diskutiert werden konnten, indem das Problem durch Erwähnung „problematisiert“ wurde und man feststellte, daß man halt nicht wisse, ob einer sein Studium fortsetzen soll oder nicht. In dem Augenblick, wo sich etwa Juristen in Anwaltskommunen organisieren, um die Schutzfunktion für die linke Bewegung zu systematisieren,

63

wo ähnliches in anderen Berufen (Lehrer, Ärzte) geschieht, wo die Naturwissenschaftler ihre Rolle für die Machtübernahme in den Betrieben zu erkennen beginnen, muß das Problem des Weiterstudierens anders diskutiert werden: es stellt sich nicht die Frage, ob es politisch sinnvoll ist, wenn einer sein Studium in einen theoretischen Zusammenhang bringt, indem er es aufgibt oder ein Soziologiestudium dranhängt. Der Zusammenhang muß sich praktisch herstellen in der Verwertung des jeweiligen Berufes als Basis politisch-organisatorischer Tätigkeit. Aber diese Zielsetzung läßt sich sinnvoll nur diskutieren im Zusammenhang mit der materiellen Absicherung der so arbeitenden Genossen, die bis jetzt mit ihrer politischen Tätigkeit ihre materielle Existenz aufs Spiel setzen und so geradezu zu Integration und Freizeitsozialismus gezwungen werden. Die Implikationen einer derartigen Strategie für die Hochschulpolitik treffen sich mit den jüngsten hochschulpolitischen Entwicklungen: es gilt eben nicht, sein Studium als entfremdetes aufzugeben, sondern sich Möglichkeiten für ein durchgehendes „linkes“ Studium an den Hochschulen zu schaffen (das auf Grund des Erfordernisses, einen bürgerlichen Beruf zu erlangen, noch repressiv genug sein wird); es geht eben nicht darum, dem kapitalistischen System durch eine große Verweigerung die Produktivkraft Wissenschaft entziehen zu wollen, sondern darum, diese Produktivkraft inhaltlich so umzustrukturieren, daß sie die Fesseln der kapitalistischen Gesellschaft sprengen kann. Studienkollektive können die Repressivität eines derartigen Studiums zweifellos mildern und gleichzeitig die Kollektivität einer späteren revolutionären Berufspraxis vorbereiten, indem sie Basis der materiellen Absicherung werden. Die Basis einer derartigen Studentenorganisation im SDS wird in den ad-hoc-Gruppen und Studienkollektiven zu finden sein.

Da mehrere Organisationstypen unmittelbar auf die Organisation von Wohngemeinschaften hindeuten und da gleichzeitig im SDS gegenwärtig eine gewisse Tendenz zu derartigen Zusammenschlüssen besteht, soll diese Frage kurz gesondert diskutiert werden. Dies bisherigen Erfahrungen sind zu zufällig und unsystematisch um verbindliche Verallgemeinerungen zu erlauben; die Bestimmung des politischen Stellenwertes wird sich vorläufig noch darauf beschränken müssen zu konstatieren, daß es außerordentlich sinnvoll ist, die politische Praxis

und die Lebenspraxis kollektiv zu organisieren (einmal wegen der materiellen Absicherung, zum anderen wegen der Reduktion der Gefahr, ins unpolitische Privatleben zu emigrieren). Wohngemeinschaften als Wundermittel zu betrachten und terroristisch gegen diejenigen zu wenden, die sich in ihnen organisieren wollen, dürfte nach den Kommuneerfahrungen eine nicht allzugroße Gefahr

64

im SDS sein. Weder können Wohngemeinschaften die Autoritätsverhältnisse des SDS auflösen (das kann nur geschehen durch eine politische Strategie, die diese Autoritätsverhältnisse nicht reproduziert), noch werden sie alleine verhindern können, daß die Genossen sich aus der politischen Arbeit zurückziehen. Solange sich die Strategie des SDS nicht in der beschriebenen Richtung ändert, werden dann ganze Wohngemeinschaften, wenn das auch länger dauern mag, aus der politischen Arbeit des SDS herausfallen. Noch können sie die Emanzipationsprobleme alleine lösen (die Einsicht in die gesellschaftliche Bedingtheit der Unterdrückung ist mehr als eine marxistische Leerformel: der isolierte Emanzipationsanspruch wird ohne gesellschaftliche Praxis gar zu leicht zum Terror gegen den, der sich emanzipieren will), noch können sie gar selbst als Strategie gelten (etwa nach dem Modell des Sozialismus in einem Hause, das die gesellschaftlichen Verhältnisse revolutioniert). Politisch können die Wohngemeinschaften immer nur im Zusammenhang mit der Strategie diskutiert werden, die die individuellen Bedürfnisse, die in die Konstituierung einer Wohngemeinschaft eingehen, in sich aufnimmt.

Trotz der Tendenz zur Organisation von Wohngemeinschaften und trotz deren strategischer Notwendigkeit ist für die Reorganisation des SDS noch nicht von derartigen Wohngemeinschaften auszugehen. Die praktische organisatorische Wendung wird kaum Resultat formaler Radikalmaßnahmen sein können, sondern nur prozessual innerhalb der Umstrukturierung der politischen Arbeit zu erreichen sein. Trotzdem sind einige praktikable Organisationsvorschläge möglich, die als Bedingung für die strategische und organisatorische Umwandlung des SDS dienen können. Vordringlich erscheinen dabei die gesamtverbandliche Kommunikation und Diskussion sowie die Herausbildung von kontinuierlich arbeitenden Kollektiven, die als „informelle Kader“ innerhalb des SDS gelten können. Inwieweit der gesamte SDS in eine derartige Kaderorganisation zu überführen ist, läßt sich nur praktisch entscheiden: es hängt sowohl von der Arbeitswilligkeit der einzelnen Genossen als auch von der tatsächlichen Entwicklung einer Strategie ab, die erst die Möglichkeiten nichtfrustrierender politischer Arbeit konstituiert. Dabei wird sich der SDS als Rahmenorganisation verschiedener Organisationen respektive deren Kader erweisen müssen, die den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Praxisbereichen herstellt, deren diskutorischen Austausch organisiert und die Fiktion beendet, es sei derselbe SDS der einmal als Studentenverband Hochschulpolitik macht, dann als Vereinigung einiger Individuen in den Basisgruppen arbeitet etc.

65

Wie dies formal schließlich zu organisieren sein wird, läßt sich kaum schon jetzt prophezeien. Sicher ist jedenfalls, daß ein Führungskollektiv des SDS zu bestimmen wäre, das aus Delegierten der verschiedenen Praxisbereiche, die teilweise in Sekretariaten organisiert sein können, zusammengesetzt ist und in dem nicht mehr Genossen aus diesen verschiedenen Bereichen herumsitzen und sich mit der fiktiven Einheit SDS unterhalten. Inwieweit diese Frage für westdeutsche Gruppen ähnlich entschieden werden kann, wäre praktisch zu prüfen.

4. Zusammenfassung

Die Organisation des Gesamtverbandes läßt sich teilweise aus diesen strategischen und organisatorischen Vorschlägen entwickeln. Ebenso wie innerhalb der einzelnen (besonders der größeren) Gruppen die Umstrukturierung nur im Zusammenhang mit der strategischen Neubestimmung zu leisten ist, wobei das Maß der Verbindlichkeit nur erhöht werden kann, wenn die einzelnen politischen Initiativen aus ihrem Status als Privatinitiativen herausgehoben werden, indem sie politisch und organisatorisch in der Gruppe diskutiert und in ihrer politischen

Funktion definiert werden, wird sich innerhalb des Verbandes eine Umstrukturierung nur durch strategische Diskussion (besonders der einzelnen Kampagnen) und durch Definition der Funktion der Gruppen oder einzelner Gruppen für den Gesamtverband ein höheres Maß an Verbindlichkeit erreichen lassen. Die Funktionsbestimmung kann sich gleichzeitig als politischer Hebel erweisen, mit dem die Gruppen sich aus ihrer lokalen Beschränktheit zu lösen vermögen, um ihre politische Praxis im Verband zu diskutieren und die Praxis anderer Gruppen in ihre eigene mit aufzunehmen. Wie das organisatorisch im einzelnen aussehen müßte, wird sich ebenfalls nur praktisch erweisen. Als Arbeitsbegriff kann man sagen, daß die einzelnen Gruppen sich verpflichten und vom Verband verpflichtet werden, einen Bereich der gesamtverbandlichen Politik, in dem die betreffende Gruppe besonders intensiv arbeitet respektive arbeiten will, in Form eines Sekretariates zu bearbeiten. Die Arbeit der verschiedenen Sekretariate zu koordinieren wäre dann die Aufgabe des Bundesvorstandes.

Schwieriger noch als in den einzelnen Gruppen des SDS dürfte auf Gesamtverbandsebene das Problem zu lösen sein, die Diskussion zwischen den verschiedenen Praxisbereichen, zwischen den verschiedenen geographischen Bereichen (zur Überwindung der Ungleichzeitigkeiten in der Entfaltung der einzelnen Gruppen) und zwischen den verschiedenen westeuropäischen revolutionären Organisationen zu organisieren.

66

Zielvorstellung einer derartigen Reorganisation des SDS auf Bundesebene muß sein, daß immer mehr der zentralen Funktionen von den einzelnen Gruppen des SDS übernommen werden, so daß eine Zentralstelle des SDS schließlich nur noch koordinative und kommunikative Funktion hat. Da von dieser Zielvorstellung noch nicht als von einer bestehenden Wirklichkeit ausgegangen werden kann, muß die Organisationsdebatte des SDS jetzt wesentlich auch unter dem Gesichtspunkt der kulturevolutionären Transformation des SDS geführt werden.

Als praktische Vorschläge für die Organisation sind zu diskutieren:

1. Organisation dezentralisierter Sekretariate in einzelnen Gruppen des SDS, die dem Bundesvorstand verantwortlich in der Verallgemeinerung ihrer eigenen Gruppenpraxis und in der Aufarbeitung der Praxis anderer Gruppen Strategiediskussionen in den verschiedenen Praxisbereichen einleiten helfen.
2. Kollektiver Bundesvorstand, der die Verallgemeinerung der Strategiediskussion (zwischen den Gruppen und zwischen den Praxisbereichen) organisiert, sowie Funktionen übernimmt, die noch nicht von einzelnen Gruppen des SDS für den Gesamtverband verbindlich wahrgenommen werden können.
3. Politisches Gremium, das sich zusammensetzt aus dem Bundesvorstand, Vertretern der Sekretariate und Vertretern der Gruppen in dem regelmäßig und kontinuierlich die Strategiediskussion aufgenommen und konkretisiert wird zu überregionalen Aktivitäten.
4. Reorganisation der schriftlichen Verbandsdiskussion in nk und Korrespondenz (gemäß der schon x-mal gefaßten DK-Beschlüsse), so daß diese Organe wirklich die Diskussion im SDS widerspiegeln und auch tatsächlich kurzfristig erscheinen.
5. Organisation der publizistischen „Außenarbeit“ des SDS in Verlagsund Autorenkollektiven.
6. Organisation von praxisspezifischen Seminaren (regional und gesamtverbandlich).
7. Organisation des personellen Austausches der Gruppen (zwischen den Gruppen).
8. Häufigere Durchführung von Delegiertenkonferenzen (z.B. dreimal im Jahr) wobei diese DK's wegkommen müßten von ihrem Abstimmungscharakter und hin zu einem Arbeits- und Diskussionsforum sich entwickeln müßten.

67

Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands zur 23. ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS

Ein Bericht über die Entwicklung des SDS im vergangenen Jahr muß davon ausgehen, daß der Verband als autonome Einheit gegenwärtig überhaupt nicht sinnvoll darzustellen ist. Der SDS hat sich wesentlich in die antiautoritäre Bewegung aufgelöst, deren nominelle Spitze er darstellt. Das hat zwei Konsequenzen: Einmal ist die antiautoritäre Bewegung die politische Weiterentwicklung und Verallgemeinerung der isolierten Oppositionsansätze und damit auch eine Überwindung der Isolation des SDS; zum ändern haben sich bei der Überwindung der alten Organisationsstrukturen kaum positive Formen der adäquaten Organisierung herausgebildet. Die praktische Lösung darf zu allerletzt bei technischen und formalen Organisationsfragen ansetzen. Was ansteht, ist die politische Neuformulierung der Rolle, die der SDS als Verband innerhalb der antiautoritären Bewegung wahrnehmen soll. Erst daraus läßt sich eine relevante Organisationsdiskussion entwickeln.

Diese Entscheidungssituation soll an den zentralen Kampagnen den Massenaktionen und den organisatorischen Erfahrungen des vergangenen Jahres jeweils dargestellt werden.

Die Springer-Kampagne repräsentiert die neue Phase der Protestbewegung nach dem 2. Juni 1967 in mehrfacher Hinsicht. Zwar war sie als Einpunkt-Bewegung noch angelegt, zumindest in den Losungen und Aktionsprogrammen, sie implizierte aber eine radikale Ausweitung und Verallgemeinerung der politischen Konzeption und drückte damit den Charakter der antiautoritären Opposition adäquat aus. Verallgemeinerung hieß zugleich Radikalisierung des revolutionären Anspruchs; die Kampagne konnte diesen Anspruch zunächst jedoch nur propagandistisch stellen, ohne die wirkliche Arbeit der Opposition zu bestimmen. Gerade in Berlin, wo die Hauptarbeit an theoretischer und organisatorischer Vorbereitung lag, wurden die prinzipiellen Schwierigkeiten schon im Herbst klar. Sie lagen im Widerspruch von einerseits aktionistischer Kampagne und andererseits Ausweitung der Opposition durch eine organisierte

68
Gegenöffentlichkeit und Syndikalisierung von Nicht-Studenten, ein Widerspruch, wie er sich in Berlin nach dem 21. Oktober (Vietnam-Demonstration) in der Auseinandersetzung um die Aktionspläne realisierte. Die organisatorischen Funktionen sollten nach dem ursprünglichen Plan die Aktionskonferenzen auf regionaler und nationaler Stufenleiter erfüllen, Ziel und praktische Zusammenfassung der Opposition war die massenhafte Belagerung der Verlagshäuser. Die Fehleinschätzung lag darin, daß ein allgemeiner Wille die Kampagne tragen sollte, von ihr aber erst mobilisiert werden mußte. An diesem Widerspruch ist die Kampagne oberflächlich gescheitert, während sie latent wirksam geblieben ist. Die analytische und propagandistische Arbeit der KU- und RC-Arbeitskreise in Berlin wie einzelner SDS-Gruppen in der Bundesrepublik verbreiteten das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Kampagne und mobilisierten zwar zuerst keine einheitliche praktische Opposition, aber ein gemeinsames Bedürfnis. Im Februar z. B. zogen nach einer Vietnam-Demonstration in Hamburg spontan über tausend Studenten und Schüler zu einer improvisierten Springer-Blockade vors Druckhaus. Springer war zum sichtbaren Allgemein-Gegner geworden, aber um den Preis, daß die prinzipielle Argumentation sich auf Parolen und die Person Springers zu reduzieren drohte, während die Kampagne im übrigen von der sonstigen Praxis abgelöst war, also gerade die zentrale Rolle in der antiautoritären Bewegung nicht wahrnehmen konnte. Die strategische Bedeutung der geplanten nationalen Aktion hatte sich problematisiert, nachdem schon in der ersten Phase Zweifel an der politischen und organisatorischen Umsetzbarkeit entstanden waren. Die Absetzung zunächst des Berliner Tribunals, dann die Verschiebung des Springer-Hearings sind ein Ausdruck dieser Schwierigkeit wie schon die Verlagerung auf diese propagandistischen bzw. theoretisch analytischen Veranstaltungen den anfänglichen Anspruch zurückgenommen hatten. So wurde auf der a. o. DK im März der Kampagne keinerlei Bedeutung mehr zugemessen. Inzwischen war das „Kuratorium für eine demokratische Öffentlichkeit“ gegründet worden, das zunächst die nunmehr für Hamburg geplante Hearing-

Veranstaltung unterstützen sollte. Die Konzeption dieses Hearings spiegelte den Bündnischarakter im Kuratorium wider; der emphatisch revolutionäre Anspruch, der die Kampagne bestimmen sollte, wurde vollends verdrängt.

Weniger zeigt sich darin das Versagen einzelner Genossen, die schließlich auch institutionell die inhaltliche und politische Vorbereitung in Berlin übernommen hatten, als die Verengung und Schwäche der Kampagne selber in ihrer manifesten Gestalt.

69

Die propagandistische, latente Kampagne hingegen wurde durch das Attentat auf Rudi Dutschke ebenso bestätigt wie schlagartig mobilisiert. Zeitlich relativ zufällig aktualisierte sich die Widerstandssituation, von der wir zuvor schon abstrakt geredet hatten; anders aber als nach der Polizeischlacht vom 2. Juni wurde der Protest nicht moralisch neutralisiert und entpolitisiert, sondern schon die ersten spontanen Aktionen verwirklichten einen offensiven politischen Widerstand. Dieser bewußt politische Charakter der Widerstandsaktionen begründete auch die Fortsetzung der Blockaden am Ostermontag, die die scheinheiligen Zugeständnisse an unsere emotionale Empörung Lügen strafte.

Der Angriff auf Springer offenbarte generell einen Grad an Bewußtsein und Selbstverständlichkeit, wie er nicht nur durch die plötzliche Klarheit der geschichtlichen Gewaltsituation zu erklären ist. Die Gewaltsituation wurde als politisch gegen die elementarsten Bedingungen der Protestbewegung gerichtet sofort erkannt und in praktisches Bewußtsein als Widerstandswillen umgesetzt; dafür gab es freilich bereits organisatorische Bedingungen in informellen Kaderstrukturen. Die Manipulationszentrale des Springer-Konzerns verlor ihren abstrakten Charakter und wurde exemplarisch für den gesamten Machtzusammenhang begriffen. Die Blockaden bedeuten die endgültige Überwindung der Einpunkt-Bewegung. Der Zusammenhang der Situation, in der die Springer-Kampagne entstand, der allgemein empfundenen Prognosesituation nach dem 2. Juni, mit der manifesten Widerstandssituation nach dem Attentat reaktivierte die historische Erfahrung ihrer eigenen nationalen Konstitutionsphase auf einer qualitativ neuen Stufe.

Entsprechend der inhaltlichen Ausweitung der Kampagne gelang die praktische Verbreiterung in andere jugendliche Sozialschichten über die Studenten- und Schüler-Opposition hinaus.

Für eine kurze Zeit schien es möglich, die Isolation der Protestbewegung direkt und dauerhaft zu durchbrechen.

Gemeinsam war in den verschiedenen Städten, daß es am Gründonnerstag sofort zu improvisierten Demonstrationen kam, die sich nach ganz kurzer Zeit agitatorisch und auch praktisch, wie in München, gegen Springer richteten. Erfindungsreich benutzten sie die verschiedensten öffentlichen Institutionen wie Theater, Kirchen etc. Die Blockaden am Freitag konnten so auf ein Höchstmaß an Öffentlichkeit im strengen Sinn rechnen. Sie waren, was die unmittelbare Verhinderung der Auslieferung angeht, insgesamt erfolgreicher als am Montag. Das lag wesentlich an unserer Beweglichkeit gegenüber dem schwerfälligen Polizeiapparat, der sich innerhalb eines Tages auf die plötzliche Mobilisierung von Massen überhaupt nicht

70

einstellen konnte. So ist eine effektive Auslieferungsverhinderung einer erheblichen Druckauflage möglich gewesen. Gegen den starken Widerstand von Teilen der außerparlamentarischen Opposition haben wir es am Sonntag durchgesetzt, daß die Ostermarschkundgebungen am Montag in eine erneute Blockade übergeführt wurden. Der Bündnischarakter des Ostermarsches war aktuell politisch überholt, gerade auch im Bewußtsein der übergroßen Mehrheit der Teilnehmer. Unter ihnen war wahrscheinlich bereits ein wesentlicher Teil der jungen Angestellten und Arbeiter, die an den Blockaden teilnahmen. Angesichts des militärisch hoch überlegenen Polizeiapparats war es am Montag nur noch möglich, einen ideellen Anspruch des Widerstands zu manifestieren, trotz der brutalen Auseinandersetzung.

Die Einzelheiten des Verlaufs sind allen bekannt, auf wesentliche Punkte haben wir bereits in der NK 47 hingewiesen. Ein weiterer Aspekt muß aber noch kurz genannt werden, daß näm-

lich eine internationale Solidarität mit einer Welle von Aktionen zum ersten Mal einen praktischen Internationalismus realisierte, der direkt auf die Protestbewegung bezogen war und nicht über gemeinsame Solidarität, etwa mit der vietnamesischen Revolution, vermittelt war. In dieser Perspektive steht auch die Mai-Revolte was ihre eigenen Ursprünge und internationalen Konsequenzen angeht.

In der Folgezeit der Osteraktionen zeigten sich zwei wesentliche Konsequenzen: Erstens konnte sich die spontane Aktionseinheit nicht in kontinuierliche organisatorische Kontakte umsetzen; die propagandistische Aktivität überwog, die freilich gezielter auf Gewerkschafts- und Betriebs-Kontakte als nach dem 2. Juni gerichtet war. Zweitens: nur in Berlin wurde mit den Basisgruppen ein organisatorischer Ansatz in größerem Ausmaß realisiert. Dort gelang die positive Wendung zur 1. Mai-Kampagne, während in der BR weder für diesen Termin noch für die vergleichbar zentrale Kampagne gegen die Notstands-Gesetze die Widerstandssituation zu Ostern bewußt strategisch umgesetzt wurde. Es realisierte sich blind die Ungleichzeitigkeit von Springer- und Notstands-Kampagne, die nur verbal durch Widerstandsparolen verbunden wurden.

Gibt es Aussichten der Springer-Kampagne? Es scheint, daß sie auf zwei Ebenen liegen: Eine zentrale Veranstaltung könnte die radikale Ausweitung unseres Begriffs von Öffentlichkeit zur Selbstverständigung leisten; damit wäre keine Veranstaltung in vorderster Front an visiert. Zweitens müßte wesentlich intern das Scheitern und der Erfolg der Kampagne im Zusammenhang einer Klärung der prinzipiellen strategischen Bedingungen

71

der neuen Linken diskutiert werden. Vor allem muß das Verhältnis von Aktionskampagnen und organisatorischer Ausweitung der Protestbewegung geklärt werden; erst daraus läßt sich eine historisch angemessene Organisation des Widerstandes entwickeln.

Kampagne gegen die Notstandsgesetze

Die 21. DK des SDS formulierte das strategische Ziel der Notstandskampagne des Verbandes mit dem mittlerweile fast zu oft zitierten „Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential“. Diese Zielsetzung ist im SDS wieder und wieder verbal reproduziert worden; eine Analyse der tatsächlich geführten Kampagne weist aber ihre erschreckende Vernachlässigung auf.

Selbst die 22. DK blieb weitgehend mit ihrem einer bloßen Bestätigung der Resolution der 21. DK angehängten Aktionskatalog bei der Forderung nach Widerstandshappenings stehen. Die Forderung nach Störung der Zivilschutz Helfertage beispielsweise oder die nach Aufklärung über „Interna der Notstandsplanung“ machten sich noch nicht einmal die Mühe, die Planung von Widerstandsperspektiven überhaupt organisatorisch-relevant zu reflektieren.

In einem ähnlich nicht bewußten Widerspruch fand sich der SDS zu seinen diversen Koalitionspartnern innerhalb der Notstandsopposition. Zwar formulierte der Brief des SDS an den DGB ansatzweise eine Kritik opportunistischer Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbürokratie; Konsequenzen wurden aber daraus bis auf verbale Argumentationslinien nicht gezogen. Die Funktion einer legalistischen hinhaltenden Formalargumentation wurde nicht als Korrelat zur apathisierenden Praxis von Teilen der Gewerkschaften und ihren Spitzenbürokratien gesehen. Das führte dazu, daß in der praktischen Koalitionspolitik der Gruppen auf lokaler Ebene oft genug selbst die verbalen Differenzierungen nicht mehr auftauchten, geschweige denn eine Gegenstrategie des offensiven und selbständigen Widerstands konkret organisiert wurde. Die Aktionsausschüsse auf lokaler und regionaler Ebene fanden sich nur zu oft auf einen schlechten Minimalkompromiß eingeschränkt; Kompromiß, der sich in den Massenaktionen, den Streiks an Schulen und Universitäten, in einigen Betrieben als irrelevant oder gar hindernd erwies.

Die lokalen Kuratorien, teilweise nur auf die Stützung der Linken im zentralen Kuratorium Notstand der Demokratie bedacht, beschränkte sich zu lange darauf, die Auseinandersetzungen um die Bundestags-hearings,

72

um die tatsächliche Position der „Linken“ vom Schlage Otto Brenners gewissermaßen intern zu verhandeln. Hand in Hand damit ging die Ausrichtung des „breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte“ wesentlich bloß auf die Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetze, die als immer vernichtender hingestellt wurde. Sicher soll die tatsächliche Auswirkung der Vollendung der legalistischen Transformation zum neuen autoritären Staat von uns nicht unterbewertet werden. Der fatalen Passivität, die sich an vielen Orten nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch das Parteienkartell entwickelte, hätte jedoch durch eine bewußte und realistische Darstellung dieser Entwicklung sicher entgegengewirkt werden können.

Die Brüchigkeit der Kuratorien, die „demokratische Kräfte“ von bewußten Sozialisten bis zu liberalen Professoren, die später das Marburger Manifest unterschrieben, umfaßten, wurde von uns schon auf dem Notstands-Bundesseminar Anfang Dezember 1968 konstatiert. Die notwendigen Konsequenzen daraus zogen wir jedoch nicht. Die Politik der unverbindlichen Sammlung von Koalitionspartnern auf unverbindlichen Verbalpositionen reproduzierte sich auch bei der Verabschiedung des Notstands-Manifestes der Hochschulen. Wenn auch vom Parteienkartell wütend als „terroristischer Druck der Straße“ (Schmitt-Vockenhausen) apostrophiert, konnten die 50 000 Unterschriften nicht annähernd die Teilnehmerzahlen an den Notstandsstreiks erreichen. Vorantreibend war das Notstands-Manifest eigentlich nur für die Teile der Studentenschaft, die durch das Manifest in die Diskussion über die Notstandsgesetzgebung erst eintraten, und für Teile der APO, die über ähnliche Initiativen Parlamentarismuskritik entwickelten. Für den Großteil der studentischen Opposition stellte es wenig mehr dar als eine Zusammenfassung und Fixierung erarbeiteter Positionen. Dafür aber war der organisatorische Aufwand der Gruppen und des Bundesvorstands verhältnismäßig unangemessen. Weithin legalistische Argumentation und historisch objektiv überholte Volksfronttaktik bestimmte immer noch die Vorbereitungen des 11. Mai, Sternmarsch auf Bonn, und das obwohl die Entscheidung der Gewerkschaftsbürokratie für die Dortmunder DGB-Veranstaltung die Problematik öffentlich und deutlicher beschrieb als früher. Wenn es Teilen der bürgerlichen Öffentlichkeit überhaupt möglich war, Teilnehmer am Sternmarsch als uninformiert und unsachlich zu diffamieren, weil sie vielleicht die allerletzte Textvariante im Immergleichen der Formulierungshilfen der Bundesinnenministeriumsreferenten noch nicht kannten, so beschreibt das natürlich doch auch eine ungenügende praktische Verdeutlichung der

73

Zielsetzungen der Notstandsopposition. Die perspektische Analyse der Osteraktionen stand noch aus. Die Beschreibung der qualitativ neuen Möglichkeiten nach der Ausweitung der Osteraktionen auf junge Arbeiter und Angestellte war noch nicht geleistet. In nicht reflektierter Furcht vor der eigenen Praxis wurde die Offensivstrategie von Ostern in der tabuierten Gewaltdiskussion teilweise wieder zurückgenommen.

Mit dem 11. Mai ist eine Form der Opposition zuendegegangen, die bis zuletzt nicht genügend an den Widerstandsaufgaben orientiert war, sondern auch diffus-liberal dem Schein parlamentarisch gesicherten rechtsstaatlichen Interessenausgleichs nachtrauerte.

Nach der Niederlage im Kampf gegen die Notstandsgesetze nun von Seiten der Opposition zu meinen, jetzt erst recht müsse die Stimme der demokratischen Opposition im Akklamationsparlament des Notstandsstaats hörbar gemacht werden, reproduziert diese Problematik in fataler Weise. Das vom BV organisierte teach-in am 11. Mai diente objektiv der Kanalisierung anstelle der Aktualisierung der Widersprüchlichkeit innerhalb der Notstandsopposition. Die Intention, die Aufarbeitung der Gründe der Niederlage einzuleiten und Widerstandsperspektiven zu konkretisieren, konnte nicht umgesetzt werden. Es gelang nicht mehr, die Aktionen bis

zur Verabschiedung entsprechend zu strukturieren. Zwar setzte sich die Streikparole mit nicht vorhergesehener Intensität um, die Aktionen waren aber nicht so sehr immer Ausdruck und Anfang demonstrativer Widerstandsorganisation, als auch nur in der Form verschärfter, aber doch als ohnmächtig begriffener Protest. Der Charakter der Streiks an den Hochschulen ist deshalb in folgenreicher Weise vielschichtig gewesen; einerseits manifestierte sich eine radikaldemokratische Opposition innerhalb der Studentenschaften, die der Streik eigentlich nur als besonders demonstratives Symbol mit Solidarisierungsfunktion in den Betrieben begriff; (Die aktive Durchsetzung des Streiks an den Hochschulen war dann ja auch wirklich in einigen Fällen auslösend für die Proteststreiks in den Betrieben und erleichterte allgemein die Agitation und das erste Herstellen einer gemeinsamen Basis zwischen Studenten und Arbeitern.) andererseits entwickelte sich die Auffassung, daß Streiks, Barrikadenbau und Rektorsbesetzungen mehr unter dem Aspekt des aktiven Widerstands gesehen werden sollten. Das war prinzipiell richtig. Nur fehlte aufgrund der mangelhaften Diskussion weitgehend die Konkretisierung der Widerstandsperspektive. Daß auch am Arbeitsplatz in der Universität die System-Verweigerung allein nicht ausreichte, Organisation des Widerstands zu mehr als bloßer Forderung zu machen, wurde im Konzept der Politischen Universität in Frankfurt exemplarisch verstanden.

74

Das Insistieren auf Urabstimmungen über die Streiks, um durch passivierte Mehrheiten die Konfrontation demokratisch beizulegen, beschrieb die Hilflosigkeit der zum Teil als Schlägertrupps vorgehenden rechten Studenten (besonders RCDS und NHB), sich inhaltlich-argumentativ mit uns auseinanderzusetzen. Es beschrieb aber auch eine Unklarheit in der Argumentation mancher Gruppen, die die Auflösung in einer radikaldemokratischen Protestbewegung mit dem SDS als Initiator bei vielen Aktionen erfahren hatten und die neue Qualität der Streiks nicht artikulieren konnten. (Eine Erfahrung, die übrigens die amerikanische Studentenbewegung auch machte, als sie, die zuerst den Slogan des „Let the People Decide“ postuliert hatten, nach Studentenabstimmungen für weitere Werbung der Napalmhersteller Dow Chemical auf dem Campus trotzdem derartige Werbekampagnen durch sit-ins etc. zu verhindern suchten.) Die Form der Minderheitsaktion als der politischen Situation möglicherweise adäquater als die Adaption an momentane Furcht in den Studentenschaften wurde jedenfalls bei den Notstandsstreiks an vielen Orten noch praktiziert, kaum noch politisch legitimiert. Es gab sogar Fälle, in denen selbst Genossen Abstimmungen vor Barrikaden herbeiführten und dann nach den entsprechenden Voten der vollzählig erschienenen Volkswirtschaftler und Korporierten mithalfen, die Barrikaden brav wieder abzubauen. Daß bei der Bedrohung durch die sich vollziehende Beseitigung selbst von klassischen Minderheitsrechten nicht Widerstand von eben den zur Abschaffung bereiten Mehrheiten niedergestimmt werden kann, tauchte bei vorher eher syndikalistisch-argumentierenden Gruppen zu oft erst spät als nachgeschobene Begründung auf. Die theoretische und organisatorische Perspektive für die erhoffte Solidarisierung in den Betrieben fehlte weitgehend. Die tatsächlich in größerem Ausmaß als erwartet eintretende Mobilisierung von linken Gewerkschaftern und jungen Kollegen aus den Betrieben traf die Gruppen ohne ausreichende Vorbereitung. Zwar gelang es, die Kritik am Gewerkschaftsapparat bei den großen Streikversammlungen zu verbalisieren und die Isolation der Studenten punktuell zu durchbrechen; zwar gelang es, an mehreren Orten die von lokalen Gewerkschaftsfunktionären mit in Gang gebrachte Bewegung über reformistische Positionen hinaus zu entwickeln; zwar gelang es, in der aktuellen Streikagitation kurzfristig Aktionsausschüsse von Arbeitern und Studenten zu organisieren. Bis auf wenige Kontakte mit relativ selbsttätigen Gewerkschaftsjugendclubs und Lehrlingsgruppen wie der an den Farbwerken Hoechst gelang aber eine organisatorische Stabilisierung der Aktionseinheit der Streikphase nicht. Trotz des Aufbaus von Basisgruppen und der weiteren Arbeit von Betriebsprojektgruppen ist die

75

Jugendlichengrenze bei unserer Ausweitung in die Betriebe bis jetzt nicht prinzipiell in größerem Umfang durchbrochen worden. Die Beschränkung der gemeinsamen allgemeinen Argumentationslinien gegen Formierungstendenzen oder die Frage der direkt notstandsbezogenen Werkschutzgruppen bot schon inhaltlich neben dem vereinheitlichenden Moment der gemeinsamen Gewerkschaftskritik nicht genügend konkrete Ansätze für längerfristige Kooperation, die nicht bloß Bewußtsein in die Arbeiterklasse tragen gewesen wäre. Insofern ist die kreativere Entwicklung der Kontakte zu Lehrlings- und Jugendgruppen der Betriebe nicht zufällig. Im SDS gibt es heute zwar schon Erfahrungen in der Aufarbeitung von antiautoritären Konflikten im Ausbildungsprozeß der Betriebe und ihrer Politisierung; mit dem Problem der Arbeitsplatzbewertung z. B. haben die wenigsten Gruppen adäquat etwas anfangen können. Ein anderes Moment der Notstandsauseinandersetzung überraschte uns: die spontane Rücksendung von Wehrpässen, gerichtet gegen die Umfunktionierung der Bundeswehr zur Bürgerkriegsarmee. Herrschte zwar auch in diesen Aktionen formalliberale Argumentation vor, so mußten diese Fälle vom Wesen des Konfliktes her weitergetrieben werden. Die politischen Kriegsdienstverweigerungen nahmen weiter, wie schon im letzten Jahr, zu. Gleichzeitig stiegen die Zahlen der Kriegsdienstverweigerer innerhalb der Bundeswehr rapide an. In vielen Kasernen ergab sich, daß die Überstellung in den waffenlosen Dienst eine Isoliertheit des Kriegsdienstverweigerers schuf, die auslösend für weitere potentielle Kriegsdienstverweigerer wurde. Es gibt Einheiten, in denen bis zu 10 % der Wehrpflichtigen nach und nach einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellten. Vereinzelt Flugblattaktionen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze mit dem Aufruf, „Wenn sie wieder befehlen, Straßen- und Häuserkampf zu üben und auf Arbeiter und Studenten zu schießen“ nein zu sagen, wurden mit drakonischen disziplinarischen Strafen verfolgt. Keine Einschüchterung, sondern im Gegenteil spontane Solidarisierung stellte sich jedoch her. Mittlerweile hat der Bundeswehrgeneralinspekteur in einem Erlaß die prinzipielle Zurückstellung vom Waffendienst beim Einreichen der Kriegsdienstverweigerung aufgehoben; die Wehrpässe wurden vom Bundesverteidigungsministerium mit dem aus der deutschen Geschichte schon bekannten Hinweis zurückgeschickt, daß nämlich das Treuegelöbnis sich nicht auf irgendeine Struktur der Verfassung beispielsweise beziehe, sondern auf den Staat schlechthin. Aus den Berichten des Wehrbeauftragten war Ausmaß und Intensität von Unruhe und unpolitischer Revolte in der Bundeswehr nur zu ahnen. In den letzten Wochen nun ist die Zahl der Bitte um politische und organisatorische Unterstützung durch

76

den SDS aus der Bundeswehr heraus ständig gestiegen. Der BV meint, daß diese Unterstützung in Koordination mit der politischen Schülerbewegung im AUSS und in Kriegsdienstverweigerungsverbänden gegeben werden muß, nicht aus Widerstandsmoralisierung heraus, sondern weil eine derartige Unterstützung, neben der strategisch ungeheuer wichtigen Ausweitung der Schülerbewegung auf die Berufsschüler, eine Möglichkeit gibt, exemplarischen Widerstand nicht nur an einem Ort der Gesellschaft zu üben. Die Transformation der Bundeswehr zum Bürgerkriegsinstrument neben kasernierter Polizei und Werkschutztruppen kann wesentlich behindert werden. Die autoritäre Struktur der Bundeswehr und der selbst in einer imperialistischen Armee anachronistische Bewußtseinsstand großer Teile der Offiziere und fast des gesamten Unteroffizierskorps bietet neben den direkt politischen Ansätzen große Möglichkeiten. In der Bundeswehrkampagne kommt es darauf an, sich mobilisierende Einzelne solidarisch organisiert zu unterstützen und den Bereich der Bundeswehr überhaupt der politischen Öffentlichkeit aufzubrechen. Politische Aufklärung und provokative Aktion kann in der sowieso nur „bedingt einsatzbereiten“ imperialistischen Kriegsmaschine zu beträchtlicher Verunsicherung führen.

Hochschule

Die Konstituierung der Hochschulrevolte in großem Umfang, mit einer der Vorbedingungen für die Solidarisierung von Teilen der Arbeiterschaft in Springer-Aktionen und Notstandsstreiks, gelang an den bundesrepublikanischen Hochschulen eigentlich erst in diesem Jahr. Während an großen Hochschulen wie Hamburg oder München hochschulpolitische Auseinandersetzungen (Wenke-Vorlesung, Rektoratsfeier) auslösend wirkten, gelang es kleineren Gruppen meist eher, mit der Einführung allgemein politischer Momente in Provokation zu massenhafter Diskussion die Herstellung der Revolte zu initiieren. Allerdings muß auch darauf hingewiesen werden, daß über die Massenmedien und AStA-Publikationen vermittelte Informationen über die Aktualität hochschulpolitischer Auseinandersetzungen auch an kleineren Hochschulen eine hochschulbezogene Latenz erzeugten, deren Intensität allein aus den lokalen Gegebenheiten nicht zu interpretieren ist. Hinzu kam, daß auch allgemeinpolitische Diskussionen und Auseinandersetzungen, beispielsweise die Vorlage des Hochschulmanifests gegen die Notstandsgesetze in einer Vorlesung von Carlo Schmid, von den Universitätsadministrationen mit massiven Repressionen und dem Vorwurf des terroristischen Vorgehens und des „Einübens faschistischer Methoden“ beantwortet wurden. Spätestens dann wurde die Struktur der Hochschule Teil der Auseinandersetzungen. Die

77

Revolte hatte aber nirgends mehr enger begrenzten hochschulpolitischen Charakter, wie er noch für die ersten Berliner sit-ins kennzeichnend war.

Trotzdem muß wenigstens ansatzweise die Struktur der hochschulpolitischen Forderungen in den Revolten angedeutet werden. An vielen Orten kam es nach der Revolte-Initiierung zu Satzungs- oder Hochschulgesetzkussionen. Diese Auseinandersetzungen sind von den Gruppen und den mobilisierenden Studenten selbst oft genug nicht mit politischen Fragen oder konkreten „issues“ am Studienplatz verknüpft worden. Nur so konnte sich eine Formalisierung der Diskussion entwickeln, wie sie bei manchen Forderungen nach Drittelparität schließlich vorherrschte. Diese Formalisierung konnte sinnvoll auch in einer weiteren Hypostasierung der formalen Forderung, etwa auf die Halbparität, nicht aufgehoben werden. Die Gefahr, in Satzungsdiskussionen in automatisch programmierter Sachlichkeit vom Kern der studentischen Forderungen abgebracht zu werden, beschreibt die Tatsache, daß in den Satzungsdiskussionen einer norddeutschen Universität eine Genosse einen kompletten Universitätssatzungsentwurf vorlegte, der außer Rahmenvorschriften fast keine inhaltlichen Bezüge definierte und sich gar dazu bequemte, dem Rektor das Hausrecht über die Universität zuzugestehen. Ähnlich stellte sich für manche Studentenvertretungen die syndikalistische Interessenvertretung alternativ zu einer entschiedenen politischen Aufklärungsarbeit dar. Die praktischen Erfahrungen eher taktierend oder formal vorgehender linker Studentenvertretungen beschreiben bei schwindender politischer Mobilisierung klar die Falschheit der Konzeption einer eng interpretierten, bloß universitätsbezogenen Interessenvertretung. In den manifesten Repressionsversuchen durch das Bündnis von Justiz, Universitätsadministration und Korporierten in den politischen Mandatsprozessen oder den Verfahren zur Abschaffung der Studentenschaftsbeiträge ließ sich die politische Zielsetzung der Zerschlagung der nicht für sich, sondern als Organ einer selbstbewußten studentischen Mobilisierung begriffenen Studentenvertretung (wie sie auch ein westberliner Entwurf der Sozialdemokratie schon explizit vorsieht) bereits erkennen. Ein Hochschulgesetz wie das baden-württembergische bewies seine Interessenrichtung konkret in der Suspendierung des Heidelberger AStA in den Tagen des Notstandsstreiks. Parallel zu Initiativen gegen die Studentenvertretungen verstärkten sich die illegalen Repressionen gegen die SDS-Gruppen selbst. Nach der Androhung der Suspendierung der SDS-Gruppe an der FU wurde nach dem Carlo-Schmid-go-in zum ersten Mal eine immer noch nicht formal, wenn auch von uns praktisch aufgehobene Suspendierung einer SDS-Gruppe

78

ausgesprochen, die das auf zentraler Ebene nicht für opportun gehaltene Verbot des Verbandes an seiner sozialen Basis überflüssig machen würde. Die Versuche, Räume für Vorträge oder Ausstellungen nicht zur Verfügung zu stellen, immer neue Auflagen für die Benutzung der Universitäten zu erteilen — früher jedesmal Anlaß zu Protest und Berichterstattung der Presse — sind für die „autonomen“ Hochschulen der BRD fast schon alltäglich geworden. Die neuen Empfehlungen des Wissenschaftsrats, die Godesberger Rektorenerklärung und der Dahrendorfsche Hochschulgesamtplan bestimmen die neue Richtung einer Entwicklung von Hochschuldiskussion, die auf technische Effizienz zielt. Gleichzeitig haben jedoch Marburger Manifest-Geist und obsolet autoritäre Struktur der Universitäten Effizienzadaptierungen in den Entscheidungswegen der Kulturpolitik erschwert. Es zeigt sich aber, daß die Formierung des wissenschaftlichen Produktionssektors — teilweise durch Ausgliederung aus den Universitäten, teilweise durch direkte und indirekte Repressionen (Disziplinarmaßnahmen, Verwaltungsurteile, Rechtsaufsicht, Mittelentzug, gezielte Stipendienvergabe, numerus clausus, Zwangsexmatrikulation, Zwischenprüfung etc) — gezielter und planmäßiger in Angriff genommen wird als nach der oft diffusen Diskussion der Pichtschen „Reformpläne“. Gegenüber derartigen Tendenzen hat Vertrauen auf sachliche Mitbestimmungsdiskussion und bloß trade-unionistische Studentenschaftspolitik ihren Sinn endgültig verloren.

Andererseits zeigte sich, daß der vom VDS getragene Hochschulkongreß „Protest und Widerstand“ trotz des prinzipiell richtigen Stellens der Thematik losgelöst von praktisch-organisatorischen Aufgaben in keiner Weise Fokus der Diskussion sein konnte, als der er gedacht war. Insofern ist er auch gerade nicht an lokalen Bedingtheiten gescheitert (Polizeibesetzung der Frankfurter Universität). Es war ein Fehler des BV, in einer wichtigen Phase der strategischen Unklarheit und der Demobilisierung in den Studentenschaften darauf zu vertrauen, daß eine formale Dachorganisation wie der VDS eine Aufgabe wie den Hochschulkongreß wesentlich allein tragen könne.

Die Auseinandersetzung am Otto-Suhr-Institut zeigt immer noch die Möglichkeit, an schwachen Stellen innerhalb der Universitätshierarchie selbst mit reformistischen Vorschlägen eine Entlarvung der zentralen Universitätsbürokratie zu bewirken. Die Gefahren dabei, die wesentlich in der Illusionierung über die Möglichkeit einer subversiv-antikapitalistischen Universität in dieser Gesellschaft liegen, sind in Berlin selbst ausführlich beschrieben worden.

79

Vietnam

Die Demobilisierung nach den Notstandstreiks hatte nicht nur Gründe, die aus dem Ende einer Protestphase und der unzureichenden und widersprüchlichen Argumentation in der Verabschiedungsphase resultierten.

Die Demobilisierung ergab sich auch aus einem Bewußtsein der Studenten heraus, die sich emphatisch internen Problemen der Metropolen zugewandt hatten und eine fast moralische Hinwendung zum Proletariat vollzogen. Nachdem die Kontaktaufnahme mit jungen Kollegen und Betriebsgruppen zwar organisatorisch sich z. T. stabilisieren konnte, blieb die spektakuläre, angesichts der französischen Revolte im Mai/Juni verständlicherweise erhoffte Massensolidarisierung aus.

Liberales Bewußtsein mit moralischer Protestmotivation produziert schnell genug resignative Tendenzen.

Wenn reflektiert wird, wie wesentlich für die Konstitution von Protestbereitschaft in den letzten Jahren die Auseinandersetzung mit dem imperialistischen Aggressionskrieg der USA in Vietnam, die Identifikation mit den Sozialrevolutionären Bewegungen der Dritten Welt war, kann die Demobilisierung gerade von Studenten im Sympathisantenfeld des SDS nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung der Vietnam-Kampagne erklärt werden; das gerade auch, weil in der spezifisch anderen Situation der USA eine ähnliche Demobilisierung von Teilen der Antikriegsbewegung sich ergab. Die Demobilisierung aktiver Protestbereitschaft muß,

neben einer gewissen Stagnation internationalistischen Bewußtseins, parallel zu gewisser Stagnation der Befreiungsbewegungen, erklärt werden als Folge einer falschen Einschätzung der Pariser Vietnam-Gespräche.

Sowohl in den USA als auch in der BRD, hier besonders mit Hilfe der liberalen Presse vom Schlage der Frankfurter Rundschau, ist es gelungen, eine Stimmung zu erzeugen, die den Friedensschluß angesichts der so offensichtlichen Friedensbereitschaft der USA schon in greifbare Nähe gerückt sehen will, um den reluctanten Vietnamesen die moralische Schuld für die Fortdauer des Krieges endlich in die Schuhe schieben zu können. Strategisch wichtiger werden demgegenüber die fachbezogenen Initiativen am Arbeitsplatz der Studenten, wenn auch das Zurückfahren auf Fachgruppenbildung im SDS, wie es z. B. in Göttingen in der Diskussion ist, nicht schon als Lösung der eigentlichen Organisationsfragen des SDS angesehen werden kann.

Die Kritischen Universitäten, trotz der kritischen Einschätzung der letzten DK an einigen Orten (z. T. auf Initiativen von „Studentenpolitikern“ hin, ohne den SDS) entstanden, haben in den Auseinandersetzungen an

80

den Universitäten keine entscheidende Bedeutung gehabt. Die Gefahr der Entwicklung zur Volkshochschule, zum bloß korrigierenden Additiv zum regulären Universitätsbetrieb, war auch in Berlin nicht immer bewußt kontrolliert.

Institutsbesetzungen, Übernahme von Vorlesungen in aktueller Konfrontation, Umwandlungen von kritischen Arbeitskreisen in Gegenvorlesungen und Seminare werden, so scheint es nach der Entwicklung der letzten Monate, am ehesten in der Lage sein, massenhafte Mobilisierung der Studenten organisatorisch nicht ohne Folgen zu lassen.

Der Kampf der Befreiungsfront wird von ihr selbst nicht als durch die Pariser Gespräche entscheidbar angesehen. Die Genossen der FNL haben bei unseren Gesprächen und Treffen am Rande des Sofioter Festivals uns als ihre politischen Waffenbrüder gebeten, auch an der zweiten Front (wie sie die US-Deserteure genannt haben) im Kampf nicht nachzulassen. Dazu sollte diese DK die entsprechenden Aufklärungsaktionen zu den Pariser Verhandlungen beschließen. Ein Aspekt der Vietnam-Kampagne des SDS, der eine Konkretisierung anstrebte, die durch die Präsenz amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik vorgegeben war, muß hier gesondert aufgeführt werden. Die Erfolge dieser Aktion, beispielsweise der Verteilung des Informationsflugblatts für die Gis (Of course, some Gis want to go to Vietnam), das wir hier in Frankfurt entwarfen, sind, darf man den ausgesprochen zahlreichen Presseberichten des Auslands glauben, einigermaßen eindrucksvoll.

Aus erklärlichen Gründen waren diese Aktionen nicht immer im gewohnten öffentlichkeitsrahmen zu propagieren. Die westdeutsche Presse, fast ohne Ausnahme, hat mit ihrem Ausspannen auch des gänzlich zugänglichen Bereichs in ihrer Berichterstattung die geheime Zensurpolitik der offiziellen Stellen der BRD übernommen.

Dort wo Studentenschaften und Gruppen des Verbandes, entsprechend dem VDS-Beschluß zur Desertionspropaganda zur Verteilung von offenen Desertionsaufrufen übergangen, trafen sie auf den massiven Eingriff der politischen Justiz. Besonders die Prozesse gegen Heidelberger Genossen müssen hier erwähnt werden.

Signifikant für die öffentlichen Verdrängungsmechanismen ist, daß in diesen Fällen zaghaft-kritisch die Justiz als Büttel der USA interpretiert wird, um nur den Kontext zur übrigen politischen Justiz in der BRD zu zerstören. Daß faktisch die Eskalation der Bombardierungen seit der spektakulären Gesprächsofferte Johnsons keineswegs irgendeine Abmilderung erfahren hat, brauchte im SDS eigentlich nicht erwähnt zu werden, wenn nicht neuerdings Gruppen in die Lage geraten wären, plötz-

81

lieh nicht mehr selbstbewußt Pressekampagnen wegen irgendeines adligen Legationsrats entgegenzutreten zu können.

Im Vordringen unreflektierten Moralisiereus gegenüber dem Krieg in Vietnam (wie es auch von Spiegel/Zeit & Co. im Fall Biafra parallel dazu hergestellt wird) wird Oberflächlichkeit und mangelnde Kontinuität der Aufklärungsarbeit des SDS sichtbar. Was in Aktionen immer weiter bis zum Sturm auf Konsulate und Amerika-Häuser sich radikalisierte bis zu einem Grad, der nicht ohne immense politische und organisatorische Schwierigkeiten weiter zu steigern war, erwies sich nicht gleichzeitig als theoretisch vertieft und stabilisiert in seinem Engagement.

Die Massendemonstrationen gegen die US Aggression bereiteten schon am 21. Oktober 1967 (gerade auch in Westberlin) den Rückzug von intensiver Aufklärung über Vietnam vor und richteten sich mit neuer Emphase gegen die europäischen Machtstrukturen selbst. Die Parole „Die NATO ist unser Vietnam“ der italienischen Genossen verbreitete sich auch im SDS. Diese Wendung war prinzipiell richtig und in ihrer ausschließlichen Beschränkung auch durch die begrenzte Arbeitskraft der Gruppen motiviert.

Auch der westberliner Vietnam-Kongreß vom 17./18. Februar nahm nicht wirklich Aufklärungsfunktionen wieder auf oder konkretisierte wirklich relevante Aktualisierung des anti-imperialistischen Kampfs, sondern beschränkte sich im wesentlichen auf die phantasiereich drapierte organisierte Akklamation. Impulse für die Arbeit der Gruppen oder ihre theoretische Diskussion gab er wohl kaum. Die Versuche zur Legitimation der weiteren Präsenz der USA in Vietnam bei aktiver Friedensbereitschaft beginnen, besonders seit der in traditionell anti-kommunistische Clichés sich einpassenden offiziellen Hysterie nach der Intervention in der CSSR, dem Legitimationskontext unserer Arbeit schwer zu schaden.

Es ist in diesem Rechenschaftsbericht auch an anderen Stellen schon von der Zunahme der Repression und der politischen Verfolgung gegen die Studentenbewegung, besonders den SDS, und die gesamte außerparlamentarische Opposition die Rede. Es ist nicht notwendig, die Diskussion unserer koordinierten Gegenstrategie, wie sie gestern von Vertretern der Gruppen begonnen wurde, hier fortzusetzen. Es soll aber nicht versäumt werden, die Relevanz der Verlagerung der Auseinandersetzungen auf legalistische Ebenen für die Arbeit des SDS zu konstatieren. Die Versuche zur Vereinzelung der Genossen über massive Einschüchterung sind teilweise statt in politischer Diskussion aufgenommen zu werden, verdrängt worden. Es ist auch wesentlich Aufgabe der Gruppen, die Verurteilung von Anti-Springer-Demonstranten bei gleichzeitiger weiterer Ver-

82

schärfung der Pressemanipulation in ungestörten Gerichtsverfahren weiter ordentlicher Gerichte mit weiter in juristischen Fakultäten fachidiotisch Ausgebildeten zu verhindern. Eine Kampagne zur politischen Justiz wird neben der Organisierung gegenseitiger Hilfe die politische Entlarvung der Herrschaftsfunktionen der Justiz zu leisten haben.

Zur Organisation des SDS einen gesonderten Abschnitt zu formulieren, kann nur den Sinn haben, die politische Entscheidungssituation organisatorisch zu präzisieren. Jede Bestimmung der Organisationsfrage unter bloß technischen und formalen Aspekten wäre absurd und belanglos angesichts der entstehenden neuartigen Oppositionsbewegung. Dagegen kann es zur Klärung beitragen, die Überwindung tradierter Organisationsformen des Verbandes an den alten Strukturen und den neuen Ansätzen klarzustellen. Seit etwa 1959/60 organisierten die SDS-Gruppen einigermaßen kontinuierliche und meist akademische Arbeitskreise, die sowohl die politischen Kampagnen aufarbeiteten wie die Notstandsopposition und die Ostermarschbewegung, als auch Strategiediskussionen führten, die zu einer Selbstverständigung nach der sozialdemokratischen Phase beitrugen, ohne zunächst praktisch relevant zu werden. Der Verband stellte sich zwar nicht als geschlossenes Gebilde aber als politischer Zusammenhang mit überregionaler Diskussion dar; entsprechend repräsentierte der BV weitgehend die Verbandspolitik. Mit dem Beginn der Protestbewegung, besonders in Berlin, wurden diese Formen in Frage gestellt. Während der letzten Bundesvorstandszeit von Schauer/Dabrowski wurden provokante Aktionen noch im Namen der Verbandspolitik administrativ abgewehrt; die Formen

der Kongreß- und Bündnispolitik definierten die taktischen Prinzipien des Verbandes. Die berliner Praxis der Radikalisierung und Mobilisierung, also der Beginn der Protestbewegung, bestimmte jedoch zunehmend auch die westdeutschen Gruppen. Diesen Prozeß hat der Bundesvorstand Reiche/Gäng durch eine intensive Kommunikation des Verbandes über die SDS-Korrespondenz und über die politische Initiative in den Gruppen qua Vietnam- Kampagne etc. unterstützt.

Mit dem Manifesten Übergreifen der Protestbewegung nach dem 2. Juni auf Westdeutschland, zunächst noch in moralischer Form, begann die Phase der Mobilisierung für fast alle Gruppen. Ausgehend von der DK 67 übernahm der SDS die Initiative bei der Konstitution der antiautoritären Bewegung durch Aktionen, die wesentlich zwar im Rahmen der Hochschulen stattfanden, aber nicht hochschulpolitisch im bornierten Sinn mehr zu nennen waren. Was sich vorher schon vorbereitet hatte, kam jetzt organisatorisch in zweifacher Hinsicht

83

zum Ausdruck: Der Bundesvorstand wurde entsprechend dem ganzen Verband als organisatorische Einheit im strengsten Sinn zu einer relativ abstrakten, formal-repräsentativen Institution. Besetzt als Kompromißgremium ohne einen kollektiven politischen Arbeitszusammenhang war der BV von vornherein als administrative Institution definiert. Zweitens wurde in den Gruppen die überlieferte Struktur angegriffen und teils überwunden. An die Stelle eines festen Gruppenvorstandes trat häufig ein praktisches Aktionszentrum z. B. in Form der Projektgruppe, wie sie auf der letzten Delegiertenkonferenz zwar fetischisiert aber wirksam propagiert wurde. Zumindest verlagerte sich die Arbeit auf Aktionen, in denen die überlieferten Organisationsformen, zeitweise auch die theoretischen Arbeitskreise belanglos und überflüssig wurden; die Gruppen definierten sich organisatorisch durch permanente Aktionen. Diese Dezentralisierung des Gesamtverbandes SDS und die Akzentuierung der einzelnen Aktionskollektive in den Gruppen wurde durch keinerlei regionale Kooperation, wie sie auf der Delegiertenkonferenz und vom Bundesvorstand gefordert worden war, ergänzt. Eine überregionale Diskussion schließlich brachte der BV weder vor und schon gar nicht nach den großen Aktionen und Pfingsten zustande. Unter den objektiven Bedingungen der Dezentralisierung und des Aktionsdrucks hat der BV auch subjektiv keine ausreichenden Initiativen entwickelt. Die drei Beiratsmitglieder waren an ihren Orten völlig in ihrer Arbeit ausgelastet; die Bundesvorsitzenden konnten ihre Funktion für den Gesamtverband wesentlich nur nach außen erfüllen. Wenigstens für die innere Kommunikation, etwa für die SDS-Korrespondenz, hätte mehr Energie aufgebracht werden müssen.

Komplementär durch die Personalisierung auf den Genossen Dutschke durch die Massenmedien, zwar auch ein Element von zumindest propagandistischer Vereinheitlichung, waren die Gruppen fast völlig voneinander isoliert. Das heißt nicht, daß sie nicht in einer gemeinsamen politischen Tendenz und unter gemeinsamen Prinzipien gearbeitet hätten. Nur wurden diese nicht gemeinsam formuliert und organisiert. Unter diesen Umständen verstärkte sich auch die Ungleichzeitigkeit zwischen den großen und kleinen Gruppen. Die neue Qualität der Protestbewegung kam in den kleinen Gruppen nur äußerlich zum Tragen, während gegenüber den spezifischen Möglichkeiten nicht-reformistischer Praxis zuweilen völlige Orientierungslosigkeit herrscht, was sich an hochschulpolitischen Aktivitäten besonders zeigen ließe.

In Berlin realisierte sich nach der Massendemonstration am 21. Oktober vage Ansätze einer Syndikalisierung von außeruniversitären Gruppen;

84

die Problematik von Interessenpolitik und organisatorisch qualitativer Arbeitsteilung der Opposition wurde damit vordringlich. Später, nach den Springerblockaden bei der Vorbereitung des 1. Mai, schien eine organisatorische Lösung in der Basisgruppe ansatzweise gegeben, ohne daß der Anspruch kontinuierlicher Arbeit durchgehalten werden konnte.

In dieser Situation der Ungleichzeitigkeit sollte die derzeit vopolitische Verbandseinheit des SDS durch die a. o. DK im März wieder als politische hergestellt werden. Die einzige SDS-

Korrespondenz des Jahres wie die a. o. DK selber, waren jedoch thematisch mit der Parlamentarismus-Kritik relativ abseitig angelegt. Politische Diskussion als aktuelle Formulierung der eigenen geschichtlichen Situation wurde völlig verdrängt; die berliner Position war apologetisch an der wie immer auch fortgeschrittenen eigenen Praxis fixiert und unfähig zur Formulierung präziser strategischer Bestimmungen, während der BV eine zwar organisatorisch gewendete, aber zentristisch und deshalb abstrakte Argumentation vertrat. Was an neuen Ansätzen der Ausweitung und Radikalisierung der Opposition im SDS selbst zu einer Entscheidungssituation führte wurde nicht formuliert und reflektierte sich bald nur blind in der diffusen Situation der DK.

Die einzelnen Organisationsversuche der verschiedenen Gruppen auf verschiedenen Stufen, wie sie formalisiert in der BV-Resolution vom März beschrieben wurden — Projektgruppen, Kontaktgruppen, Basisgruppen, Institute, Klubs —, müssen in ihrem konkreten politischen Zusammenhang von den Gruppen selber auf dieser DK diskutiert werden. Hier kommt es nur darauf an, die gemeinsame Tendenz und deren Bedeutung für eine organisatorisch relevante Entscheidung des gesamten Verbandes darstellen.

Die aktionsbezogenen Kollektive waren während des Wintersemesters in aller Regel der Hochschulrevolte angemessen organisiert, es gab sogar eine erste Konsolidierung trotz des Aktionsdrucks. Die Springer-Blockaden überforderten jedoch wenigstens einige der Gruppen besonders in dem Sinn, daß die anschließende Phase der Kontakte mit jungen Arbeitern und Angestellten kaum anders als oberflächlich propagandistisch bewältigt werden konnte. Der Sternmarsch leistete im Sinne einer Konsolidierung auch keine Dienste, umso schwächer begannen mit wenig bewußten Perspektiven die Notstandsstreiks. In ihrem Verlauf wurden die wesentlichen organisatorischen Zusammenhänge schließlich auch unterm allgemeinen subjektiven Eindruck der politischen Ohnmacht zersetzt. Die permanenten Gefahren etwa der Privatisierung wurden unmittelbar akut. Das gilt auch für Berlin, obwohl die Notstandsstreiks dort kaum eine

85

Rolle spielten und eine halbherzige Hochschulrevolte keine politische Mobilisierung, aber desto mehr organisatorische Auflösung bedeutete.

An dieser Stelle muß die relativ eingegrenzte Darstellung politisch erweitert werden. Die Kontinuität, wie sie sich in diesem Abschnitt in der Ausweitung der Protestbewegung zeigte, hat sich keineswegs mechanisch durchgesetzt. Im Gegenteil hat es bis heute erhebliche Widerstände gegen die antiautoritäre Bewegung im SDS gegeben. Als ein positives Element der Politisierung gab es Fraktionskämpfe freilich auch zuvor. Die qualitativ neue Phase ist aber durch die praktische Ausweitung und Bedeutung der Protestbewegung definiert, d. h. die folgenlose Fraktionsspaltung in der akademischen Phase gefährdet nun die Aktionseinheit. Die Aktion konstituiert aber wesentlich die Oppositionsbewegung nachdem sie ihre latente Phase überwunden hat. Die praktischen Konsequenzen eines solchen Richtungskampfes zeigen sich am deutlichsten in den Gruppen München und Köln. In München haben sie inzwischen zur faktischen Auflösung des SDS geführt, während in Köln die verfestigten Gegensätze die Gruppe ständig zu paralysieren drohen. Auf Verbandsebene schließlich wiederholten sich diese Gegensätze auf dem Sofia-Festival. Zwar wird in der Diskussion um den Ausschlußantrag des Bundesvorstandes gegen fünf Genossen die Argumentation noch in extenso darzustellen sein, es ist jedoch notwendig, hier bereits den Bezugsrahmen für den Verbandsausschluß zu definieren. Es sind nicht satzungs- oder programmdefinierte Prinzipien, die die Protestbewegung tragen, sondern praktische Prinzipien, wie sich in den Aktionen herausgebildet haben. Sie orientieren sich an geschichtlichen Ansprüchen revolutionärer Politik, die unmittelbar und kompromißlos exemplarisch realisiert werden und eine Moral politischen Verhaltens konstituieren, die in Kategorien von z. B. traditioneller Bündnispolitik nicht mehr begriffen werden kann. So vage diese Prinzipien scheinen, so sehr haben sie praktische Relevanz

inzwischen erlangt. Sie bestimmen die Einheit und geschichtliche Tendenz der Oppositionsbewegung.

Die Entscheidungssituation des SDS ist in Grundrissen herausgearbeitet. Sie wird bestimmt von der Ambivalenz von einerseits produktiver, positiver Überwindung tradierter Organisationsformen und andererseits von Organisationselementen überhaupt. Daraus ergibt sich, daß das Problem der Zentralisierung im SDS durch keine abstrakte Stärkung des Bundesvorstandes als Institution gelöst werden kann. Der politische Prozeß einer organisatorischen Vereinheitlichung des Gesamtverbandes kann auf dieser Delegiertenkonferenz nur beginnen; er wird von der Initiative des nächsten Bundesvorstandes in Gruppen wesentlich abhängen. Ent-

86

scheidende Bedingung einer weiteren prozessualen Bildung von informellen Kadern in den Gruppen wird ein festes arbeitsteilig organisiertes Kollektiv auf Verbandsebene sein.

Unter dieser Perspektive beginnt nach der notwendigen Phase der antiautoritären Mobilisierung jetzt die organisatorische Weiterentwicklung und Konsolidierung der Protestbewegung als Organisation des offensiven Widerstands.

87